



2. Sitzung, Montag, 13. Mai 2019, 8:15 Uhr

Vorsitz: Dieter Kläy (*FDP, Winterthur*)

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen..... 2

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Zuweisung von neuen Vorlagen

Gesuch um persönliche Vertretung einer Volksinitiative im Rat

2. Abbau von Nettovermögen im neuen Gemeindegesetz..... 3

Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 4. April 2019 zur parlamentarischen Initiative Matthias Hauser

KR-Nr. 27/2018

3. Der Kanton Zürich ruft den Klimanotstand aus – für «eusi Zuekunft» 12

Dringliches Postulat Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), Jörg Mäder (GLP, Opfikon) und Ronald Alder (GLP, Ottenbach) vom 25. Februar 2019

KR-Nr. 63/2019, RRB-Nr. 335/10. April 2019 (Stellungnahme)
(gemeinsame Beratung mit KR-Nr. 62/2019)

4. «Klimanotstand» 13

Dringliches Postulat Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten), Michèle Dünki (SP, Glattfelden) und Markus Bärtschiger (SP, Schlieren) vom 25. Februar 2019

KR-Nr. 62/2019, RRB-Nr. 335/10. April 2019 (Stellungnahme)
(gemeinsame Beratung mit KR-Nr. 63/2019)

5. Anpassung Vorschriften über die Fischerei und die Schifffahrt bei der Quaibrücke in Zürich 64

Postulat Andrew Katumba (SP, Zürich) vom 13. Februar 2016

KR-Nr. 45/2017, Entgegennahme, Diskussion

6. Verschiedenes 66

Geburtstagsgratulation

Fraktionserklärung der EVP zum Internationalen Tag der Pflege

Fraktionserklärung der SP und der AL zum Lohndumping bei der Firma Goger

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

Rückzüge

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsident Dieter Kläy: Die Geschäftsleitung beantragt Ihnen, die heutigen Geschäfte 3 und 4, «Der Kanton Zürich ruft den Klimanotstand aus – für eusi Zuekunft» (KR-Nr. 63/2019) und «Klimanotstand» (KR-Nr. 62/2019), gemeinsam in freier Debatte zu behandeln. Sie sind damit einverstanden.

Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Das ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist einsehbar:

- Protokoll der 1. Sitzung vom 6. Mai 2019, 9.15 Uhr

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung von Teilen-der Verkehrserschliessungsverordnung (VErV)**

Vorlage 5542

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Abrechnung des Objektkredits für den Ausbau der 340 Rapperswilerstrasse, Spital- bis Mattackerstrasse, in Wetzikon**

Vorlage 5545

Gesuch um persönliche Vertretung einer Volksinitiative im Rat

Ratspräsident Dieter Kläy: Im Zusammenhang mit der Volksinitiative betreffend «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle», Vorlage 5404, ist das Gesuch gestellt worden, dass ein Mitglied des Initiativkomitees die Volksinitiative persönlich während zehn Minuten vor dem Rat begründen und an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilnehmen darf. Dies ist gemäss Paragraf 130 Absatz 2 des Gesetzes über die politischen Rechte möglich, wenn mindestens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder dieses Gesuch unterstützt. Wünscht jemand das Wort dazu? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann stellen wir fest, ob ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder das Gesuch unterstützt. Die Tür ist zu schliessen. Drücken Sie bitte die Taste «P/W».

Es sind 164 Ratsmitglieder anwesend. Eine Taste funktioniert nicht. Um das Gesuch zu bewilligen, braucht es somit mindestens 42 Stimmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 160 Stimmen, dem Gesuch um persönliche Vertretung der Volksinitiative stattzugeben.

Ratspräsident Dieter Kläy: Somit hat ein Mitglied des Initiativkomitees Anrecht darauf, an der materiellen Beratung im Rat mit beratender Stimme teilzunehmen. Die Tür kann geöffnet werden.

2. Abbau von Nettovermögen im neuen Gemeindegesetz

Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 4. April 2019
zur parlamentarischen Initiative Matthias Hauser
KR-Nr. 27/2018

Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil), Referent der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Die parlamentarische Initiative von Matthias Hauser und Mitunterzeichnenden, betreffend Abgrenzung Ressourcenausgleich, wurde am 3. Dezember 2018 vom Kantonsrat mit 165 Stimmen vorläufig unterstützt und am 10. Dezember 2018 der

Kommission für Staat und Gemeinden zur Beratung zugewiesen. Die STGK hat wieder einmal superschnell reagiert und die PI zügig durchberaten.

Die parlamentarische Initiative fordert die Änderung von Paragraph 92 Absatz 3 Gemeindegesetz, um den Gemeinden zu ermöglichen, ihr Nettovermögen zum Ausgleich der Erfolgsrechnung abzubauen. Damit soll verhindert werden, dass eine Gemeinde Steuererhöhungen budgetieren muss, obwohl sie über ausreichendes Nettovermögen verfügt, um die Erfolgsrechnung auszugleichen.

Die von der parlamentarischen Initiative geforderte Änderung von Paragraph 92 Absatz 3 beziehungsweise die Möglichkeit für die Gemeinden, Nettovermögen abzubauen, war in der Kommission grundsätzlich unbestritten. Die Kommission kam im Lauf der Beratung aber relativ rasch zum Schluss, dass die grössere Flexibilität der Gemeinden auch die Möglichkeit zum Abbau von Nettoschulden umfassen sollte.

Ein kurzer Blick zurück: Bei der Beratung des Gemeindegesetzes in der vorletzten Legislatur beabsichtigte die Kommission, den Gemeinden eine grössere Flexibilität zu gewähren, indem statt eines jährlichen Ausgleichs ein mittelfristiger Ausgleich vorgesehen wurde. In der Praxis hat sich nun aber gezeigt, dass die Bestimmung die Gemeinden unnötigerweise einengt, indem sie mittelfristig immer wieder auf den Ausgangspunkt zurückkommen müssen, um den Gemeindehaushalt gesetzeskonform zu halten. Das könnte zum Beispiel so weit gehen, dass eine Gemeinde gezwungen wäre, eine Steuererhöhung zu beschliessen, nur um nicht gegen das Gesetz zu verstossen, auch wenn sie auf einem grossen Nettovermögen sitzen würde.

Um den Gemeinden mehr Flexibilität zu gewähren und es wohlhabenden Gemeinden zu erlauben, Nettovermögen abzubauen, und es aber gleichzeitig auch weniger begüterten Gemeinden zu ermöglichen, Nettoschulden abzubauen, kam die Kommission zum Schluss, die parlamentarische Initiative dahingehend abzuändern, dass in Paragraph 92 Absatz 1 die Mittelfristigkeit als Vorgabe gestrichen werden soll. Absatz 2 sieht vor, dass ein Aufwandüberschuss in der Höhe der Abschreibungen auf dem Nettovermögen, zuzüglich 3 Prozent des Steuerertrages, budgetiert werden darf. In einem neuen Absatz 3 soll nun neu festgehalten werden, dass von Absatz 2 abgewichen werden kann, wenn das Finanzvermögen grösser ist als das Fremdkapital. In diesem Fall kann ein Aufwandüberschuss bis zur Höhe der Differenz budgetiert werden.

Durch die Streichung der Mittelfristigkeit ermöglicht man den Gemeinden, Vermögen auf- oder abzubauen beziehungsweise Nettoschulden abzubauen. (*Der Votant wendet sich an den Kantonsratspräsidenten.*) Besten Dank, Herr Präsident, für ein bisschen Ruhe hier im Ratssaal (*Der Geräuschpegel im Ratssaal ist sehr hoch.*) Für die Gemeinden erreicht man dadurch die nötige Flexibilität, um auf ihre jeweilige Situation zu reagieren und mehr Einfluss auf ihre mittel- und langfristige Finanzplanung zu nehmen. Zudem steht es den Gemeinden natürlich frei, die Mittelfristigkeit oder eine Schuldenbremse in der Gemeindeordnung festzuschreiben. Im Übrigen sorgt Paragraph 93 Gemeindegesetz dafür, dass es gegen unten eine Grenze betreffend Aufwandüberschüsse gibt, indem Aufwandüberschüsse, die nicht durch das zweckfreie Eigenkapital gedeckt sind, in der Bilanz als Bilanzfehlbeträge ausgewiesen werden müssen, die innert längstens fünf Jahren abgetragen werden müssen.

An ihrer Sitzung vom 5. April 2019 hat die Kommission für Staat und Gemeinden der abgeänderten parlamentarischen Initiative einstimmig zugestimmt. Sie hat zudem eine dringliche Inkraftsetzung per 1. Juni 2019 beschlossen, damit die Änderung bereits für das kommende Budget der Gemeinden wirksam wird.

Im Namen der einstimmigen STGK beantrage ich dem Kantonsrat, der geänderten parlamentarischen Initiative von Matthias Hauser, Kantonsratsnummer 27a/2018, zuzustimmen. Auch die CVP stimmt der Änderung von Paragraph 93 selbstredend zu. Besten Dank.

Erika Zahler (SVP, Boppelsen): Erst kürzlich haben wir den Paragraphen 119 des neuen Gemeindegesetzes in der Kommission für Staat und Gemeinden behandelt. In einem rekordverdächtigen Tempo wurde dem Kantonsrat die dringende Vorlage zur Abstimmung unterbreitet. Mit der PI 27a vom Januar 2018 haben wir eine weitere Gesetzesänderung in Paragraph 92 vor uns. Die STGK hat diese PI in gleicher speedativer und seriöser Art bearbeitet und kann sie heute dem Kantonsrat zur Abstimmung unterbreiten. Da soll noch jemand einmal sagen «Die politischen Mühlen mahlen langsam».

Zurück zur parlamentarischen Initiative von Matthias Hauser und zum Paragraphen 92, ebenfalls ein Paragraph des neuen Gemeindegesetzes. Mit der PI weist der Initiant darauf hin, dass es mit dem Paragraph 92 den Gemeinden bei einem Nettovermögen nicht möglich ist, dieses zur Abdeckung des Aufwandüberschusses zu verwenden. Aktuell ist dies auch der Grund, weshalb gewisse Gemeinden mit der heutigen Formulierung

ein gravierendes Problem haben. Um die Situation schnellstmöglich zu bereinigen, setzte sich die SVP-Fraktion für die Dringlichkeit der PI ein. Dass die Kommission und alle involvierten Parteien dies schlussendlich mitunterstützen, dafür möchte ich mich heute an dieser Stelle herzlich bedanken. In der Bearbeitung dieser Problematik wurden der Gemeindepräsidentenverband wie auch der Verband Zürcher Finanzfachleute um ihre Einschätzung und Beurteilung angefragt. Es wurden die Aspekte mittelfristiger Ausgleich wie auch die Risikobeurteilung und Plausibilitätstest unter die Lupe genommen. Alle einbezogene Organisationen und Stellen unterstützen die vorgeschlagene Änderung und Anpassung laut der STGK. Neu soll in Paragraf 92 das Wort «mittelfristig» wegfallen respektive Absatz 3 eingebaut werden, wie vom ehemaligen Kommissionspräsidenten (*Jean-Philippe Pinto*) bereits erwähnt. Dies ermöglicht den Gemeinden zukünftig mehr Handlungsspielraum, was schlussendlich auch mehr Flexibilität für die Gemeinden bedeutet. Es werden mit dieser Gesetzesänderung aber auch Verantwortung und Souveränität an die Gemeinden zurückgegeben. Dies ist ganz im Sinne der SVP.

Die SVP-Fraktion steht voll und ganz hinter dieser Änderung und begrüsst respektive unterstützt diese Optimierung und Gesetzesänderung.

Céline Widmer (SP, Zürich): Das ist nun schon die zweite Korrektur – wir haben es gehört –, die wir am neuen Gemeindegesetz relativ kurzfristig vornehmen müssen. Im Unterschied zur ersten – das war die Abgrenzung des Ressourcenausgleichs, Sie erinnern sich vielleicht –, im Unterschied zur ersten war hier aber nicht schon von Anfang an klar, dass diese Regelung zu Problemen führen würde. Und im Unterschied zu Erika Zahler finde ich es auch nicht so relevant, wie schnell wir diese Beratungen durchgebracht haben, sondern die Erkenntnis, dass es bei sehr grossen Gesetzesrevisionen, wie das bei der Totalrevision des Gemeindegesetzes der Fall war, wichtig ist, dass man es seriös macht, dass Probleme auftauchen können, die man bei der Beratung nicht voraussehen konnte, dass es aber auch andere Sachen gibt, die man von Anfang an hätte ernst nehmen können.

Nun gut, bei der Beratung zum neuen Gemeindegesetz wurde die Vorgabe des mittelfristigen Ausgleichs – wir haben es gehört – in der Kommission eingebracht, weil viele Gemeinden die damals vom Regierungsrat vorgeschlagene Regelung nicht gut fanden. Das alte Gemeindegesetz und die ursprünglichen Gemeindegesetz-Vorlage sahen einen

jährlichen Ausgleich vor. Indem der Rat im neuen Gemeindegesetz einen mittelfristigen anstelle des jährlichen Ausgleichs vorsah, wollte man den Gemeinden eine grössere Flexibilität gewähren. In der Praxis hat sich nun gezeigt, dass die Bestimmung die Gemeinden unnötig einengt.

Die SP unterstützt die Vorlage in der vorliegenden Form. Durch die Streichung der Mittelfristigkeit wird den Gemeinden ermöglicht, Vermögen auf- oder abzubauen beziehungsweise Nettoschulden abzubauen. Für die Gemeinden erreichen wir dadurch die nötige Flexibilität, damit sie auf ihre jeweilige Situation reagieren und mehr Einfluss auf ihre mittel- und langfristige Finanzplanung nehmen können. Ich danke Ihnen.

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Ich habe bekanntlich zwei Hüte und möchte auch mit beiden Hüten sprechen. Wir sind seitens der FDP froh, dass diese parlamentarische Initiative so rasch zu einem Resultat geführt hat, und als Präsident des Gemeindepräsidentenverbandes bin ich ganz besonders dankbar, dass wir auch die dringliche Inkraftsetzung erreichen können. Ich glaube, das ist wichtig.

Wir haben in Paragraf 92 des Gemeindegesetzes diesen mittelfristigen Ausgleich – er wurde mehrfach angesprochen –, und uns geht es vor allem um den Abbau des Nettovermögens. Dieses Nettovermögen soll über den mittelfristigen Ausgleich stabil gehalten werden. Nettovermögen, das ist das finanzielle Polster der Gemeinde, quasi das prallgefüllte Sparschwein. Wenn wir den ursprünglichen Gesetzestext umsetzen würden, hätte das zur Konsequenz, dass dieses Sparschwein nicht wirklich geschlachtet werden könnte, das heisst, der haushälterische Umgang mit den finanziellen Mitteln würde quasi bestraft. Finanzpolitisch macht das wenig Sinn, denn immer wieder stehen grosse Investitionen dieser Gemeinden an, die dann in einer ersten Phase hohen Abschreibungsbedarf resultieren lassen. Und auch der Cashflow im normalen Geschäft kann es nötig machen, dass man auf Eingemachtes, auf eben dieses Sparschwein zurückgreift. Deshalb ist es ganz wichtig, dass diese Regelung angepasst werden konnte. Für die Gemeinden ist dadurch erreicht, dass sie flexibel werden, dass sie vor allem aber einen Aufwärtsdruck auf den Steuerfüssen nicht sofort erhalten, sondern dass sie dieses Nettovermögen abbauen können, das ist ausserordentlich wertvoll und wichtig.

Ich möchte noch etwas sagen, Céline Widmer hat es angesprochen: Wir haben ein neues Gemeindegesetz. Dieses Gemeindegesetz hat verschiedene Mängel, Mängel die zutage treten. Ich glaube, es ist wichtig und auch richtig, dass nach dieser Komplexität der Vorlage die Gnade besteht, dass wir einzelne Anpassungen immer wieder ins Auge fassen. Es macht aus unserer Sicht Sinn, dass man die möglichen Anpassungen auflistet und dann in einer nächsten Phase eine Revision mindestens ins Auge fasst. Jetzt geht es aber um diesen Abbau des Nettovermögens. Wie es mehrfach gesagt wurde, glauben wir als FDP – aber auch seitens der Gemeinden ist es so –, dass diese erhöhte Flexibilität, diese Möglichkeit, Ersparnis in den ordentlichen Budgetprozess einzubringen, sehr wertvoll ist, dass die Gemeinden an Flexibilität und Handlungsfreiheit gewinnen, und meinen, dass es auch angezeigt ist, dieses Gesetz mit dem Dringlichkeitsvermerk möglichst rasch in Kraft zu setzen, so dass die Gemeinden ab dem Budget 2020 bereits so handeln können, wie es das Gesetz, das überarbeitete Gesetz, vorsieht.

Die FDP unterstützt diese Gesetzesanpassung und auch der Gemeindepräsidentenverband ist durchaus erfreut über diese Lösung. Besten Dank.

Jörg Mäder (GLP, Opfikon): Meiner Meinung nach ist das ein sehr gutes Beispiel, wie ein Prozess im Parlament funktionieren sollte. Es gibt Gesetze – wir haben es gehört, grosse und komplexe –, bei denen man nicht alles vom Schreibtisch aus herausfinden kann, wie die Auswirkungen in der Realität sein werden. Es wurde entsprechend eine parlamentarische Initiative eingereicht, die auf das Problem aufmerksam macht und die Stossrichtung angibt. Sie wird aber nicht eins zu eins einfach so übernommen, sondern es wird mit den entsprechenden Betroffenen, auch mit den Experten diskutiert, angepasst, es werden Rückmeldungen gemacht, und jetzt können wir diese Änderung in Kraft setzen. Auch die Zeitschiene ist schliesslich sehr sinnvoll herausgekommen. Es besteht auch eine gewisse Dringlichkeit, weil die betroffenen Gemeinden sinnvoll planen wollen. Es ist aber auch gut gewesen, dass wir diese beiden Geschäfte, die diese Revision betreffen, ein bisschen auseinandergenommen haben. Bei der dringlichen Überweisung im letzten Jahr sind sie zusammen behandelt worden, das war als Impulsgeber sinnvoll. Aber in der Detaildebatte war es durchaus angebracht, diese beiden Themen sauber zu trennen, und es funktioniert von der Zeitschiene her heute ja immer noch.

Alles andere wurde bereits gesagt, ich möchte mich da nicht gross wiederholen. Die GLP wird hier zustimmen. Herzlichen Dank an alle Beteiligten.

David Galeuchet (Grüne, Bülach): Die PI macht auf ein Problem von kleinen Gemeinden aufmerksam, welches beim Festlegen des Gemeindegesetzes vergessen ging. Mit der Anpassung der PI hat die STGK eine gute Lösung gefunden, welche auch vom Gemeindepräsidentenverband unterstützt wird. Zusätzlich hat die STGK Paragraf 92 Absatz 3 so angepasst, dass auch Gemeinden, die heute verschuldet sind, diese Schulden abbauen können. Also nicht nur reiche Gemeinden, die ihr Kapital aufzehren können, sondern auch verschuldete Gemeinden haben mehr Spielraum um wieder aus dieser Schuld herauskommen. Wir sind zuversichtlich, dass die Gemeinden diese neu erlangte Freiheit nicht überstrapazieren werden, und die Grüne Fraktion wird dem Antrag der STGK zustimmen.

Walter Meier (EVP, Uster): Die PI Hauser sollte in Kraft gesetzt sein, wenn die Budgets 2020 diskutiert und beschlossen werden. Und es ist wichtig, dass die Gemeinden bereits vor den Sommerferien wissen, dass ein neuer Paragraf 92 gilt.

Auch bei dieser PI – wir haben es bereits gehört – haben Regierung und Kommission viel schneller als üblich gearbeitet, und ich gehe davon aus, dass die Gemeinden oder zumindest ein Teil der Gemeinden dem Kantonsrat sehr dankbar sind, wenn das hohe Tempo bis zur Verabschiedung durchgezogen wird. Die Initianten – drei Gemeindepräsidenten – haben ein Problem erkannt und dafür eine Lösung präsentiert. Die PI wurde von der Kommission deshalb geändert. Die neue Formulierung sollte für alle Gemeinden mehr Handlungsspielraum schaffen:

Erstens: Es gibt Gemeinden, die haben ein hohes Nettovermögen, das heisst, das Finanzvermögen übersteigt das Fremdkapital. Wenn nun wenig Investitionen anstehen, heisst dies, dass den Einwohnern einer Gemeinde auf Vorrat Steuern abgeknöpft wurde. Da jede Gemeinde jedoch einen gewissen Handlungsspielraum braucht, ist eine gewisse Höhe eines Nettovermögens erstrebenswert. Nun gibt es Gemeinden, bei denen das Nettovermögen zu hoch ist. Gemäss dem geltenden Paragraf 92 kann dieses aber nicht abgebaut werden, weil die Erfolgsrechnung des Budgets mittelfristig ausgeglichen sein muss.

Zweitens: Nun gibt es auch Gemeinden, bei denen kein Nettovermögen, sondern eine Nettoschuld vorhanden ist. Diese Gemeinden haben in der

Regel viel investiert und das vorhandene Finanzvermögen zum Beispiel in Schulhäuser, Strassen und so weiter gesteckt. Damit haben sie die Infrastruktur der Gemeinde verbessert, was den Steuerzahler vermutlich freut. Das Verwaltungsvermögen wurde grösser, aber dieses wird beim Nettovermögen nicht mitgerechnet. Das Ziel dieser Gemeinden müsste also sein, das Finanzvermögen so zu äufnen, dass sie wieder ein Nettovermögen ausweisen können. Das ist aber mit dem bestehenden Paragraphen 92 nicht möglich, weil eben die Erfolgsrechnung des Budgets mittelfristig ausgeglichen sein muss.

Die Kommission schlägt nun vor, den mittelfristigen Ausgleich abzuschaffen. Es hat sich gezeigt, dass das, was für die Kantonsfinanzen sinnvoll ist, nicht automatisch auch für die Gemeinden tauglich ist. Trotzdem: Die Erfolgsrechnung des Budgets soll grundsätzlich ausgeglichen sein. Ausnahmen sollen aber möglich sein, nämlich um das Nettovermögen zu äufnen oder um ein zu hohes Nettovermögen abzubauen. Wird jedoch ein Defizit budgetiert, das grösser ist als das Nettovermögen, ist dieses Defizit gemäss Absatz 2 von Paragraph 92 begrenzt. Die EVP stimmt dem geänderten Paragraphen 92 zu und ebenso der Dringlichkeit.

Laura Huonker (AL, Zürich): Die Ideologie, dass man keine Schulden abbauen dürfe, hat zu einer klassischen Verblendung geführt. Das Ergebnis: Es wurde schlecht legiferiert. Nun liegt eine Flexibilisierung des neuen Gesetzes vor und es bleibt trotzdem alles beim Alten. Die heilige Kuh ist und bleibt das ausgeglichene Budget.

Aus Sicht der Alternativen Liste ist der mittelfristige Finanzausgleich in allen Belangen untauglich. Wir haben es letzte Woche auch gehört: Es ist manchmal besser, das Brett vor dem Kopf zu sehen als das eigene Spiegelbild. In diesem Sinne gratuliert die Alternative Liste zur Korrektur und wird der Gesetzesänderung zustimmen. Besten Dank.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Ich möchte zuerst zur Dringlichkeit etwas sagen, vor allem für die neuen Ratsmitglieder, die das vielleicht nicht wissen: Diese PI wurde im ersten Monat eingereicht, in dem man sie einreichen konnte, nämlich im Januar 2018, nachdem das Gemeindegesetz in Kraft getreten war. Man kann PI einfach nicht vorher einreichen, und ich bin sehr, sehr, sehr froh, dass diese Abstimmung jetzt erfolgt und die Änderung per 1. Juni 2019 in Kraft gesetzt werden kann, weil es einzelne Gemeinden gibt, die auch für dieses Jahr noch

kein gültiges Budget haben, weil diese durch die Bezirksräte aufgehoben wurden. Diese PI schafft Recht, um diese Budgets schliesslich doch gültig zu machen, es geht also nicht nur um das nächste Jahr. Warum hat es einzelne Gemeinden, die noch kein Budget haben? Weil die Gemeinden nicht gleich sind und es für einige wirklich sehr absurd wäre: Man müsste das Budget entweder falsch machen oder die Steuern massiv erhöhen. Aber sagen möchte ich einfach drei Dinge: Erstens ein Lob für die Kommission, die diese PI jetzt speditiv und gut behandelt hat, und auch für das Gemeindeamt, die das unterstützt hat, und auch ein Lob wegen der dringlichen Inkraftsetzung. Fachlich, dringlich, terminlich – tiptopp.

Zweitens möchte ich sagen, es ist schon ein bisschen vorweggenommen: Sie retten einige Gemeinden vor einer Absurdität und ermöglichen eine vernünftige Budgetierung. Das ist sehr wichtig, herzlichen Dank.

Und der dritte Punkt, Jörg Kündig hat ihn ein bisschen angesprochen: Wenn man nach altem Gemeindegesetz – also bevor der mittelfristige Ausgleich eingeführt wurde – die Zahlen der Nettovermögen aller Gemeinden per 31. Dezember 2017 zusammennimmt, kommen wir da auf 1,89 Milliarden Franken. Diese 1,89 Milliarden Franken hätte man jedes Mal mit Steuererhöhungen wieder aufstocken müssen, wenn man sie abgebaut hätte. Also mittelfristig wären diese 1,89 Milliarden Franken dem Kreislauf entzogen und somit vernichtet gewesen, und heute geben Sie dieses Vermögen der Zürcher Bevölkerung zurück. Dieser Punkt allein ist nicht dringlich, das könnte man auch noch nächstes Jahr machen. Aber weil einige Gemeinden darauf angewiesen sind, vernünftig budgetieren zu können, müssen wir das auf den 1. Juni 2019 in Kraft setzen. Und herzlichen Dank, dass Sie alle mitgearbeitet haben.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: Ganz herzlichen Dank für die positive Aufnahme dieser Gesetzesrevision. Ich kann mich, sowohl was das Vorgehen betrifft wie auch was den Inhalt betrifft, den verschiedenen Rednerinnen und Rednern nur anschliessen. Ich glaube, wir haben gemeinsam eine sinnvolle Lösung gefunden in einer für dieses Parlament eher rekordverdächtigen Zeit, mit einer dringlichen Inkraftsetzung. Es ist jetzt wichtig, dass wir weitere Probleme, die im Gemeindegesetz allenfalls auftauchen, dann auch bündeln und dann vielleicht in einer gebündelten Revision wieder anschauen. Aber es gehört zur Arbeit eines Parlaments und einer Regierung, bei Schwierigkeiten hinzuschauen und nach besseren Lösungen zu suchen. Und diese haben wir gefunden.

Im Sinne der Stellungnahme des Regierungsrates möchte ich diesen Prozess ebenfalls unterstützen. Ich danke Ihnen und bin froh, wenn dann die dringliche Inkraftsetzung bei der zweiten Lesung beschlossen wird.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

§ 92

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Dieter Kläy: Somit ist die Vorlage materiell durchberaten. Das Geschäft geht an die Redaktionskommission. Anlässlich der Redaktionslesung befinden wir auch über Ziffern römisch II bis IV der Vorlage sowie Ziffern I und II des Dispositivs.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

3. Der Kanton Zürich ruft den Klimanotstand aus – für «eusi Zukunft»

Dringliches Postulat Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), Jörg Mäder (GLP, Opfikon) und Ronald Alder (GLP, Ottenbach) vom 25. Februar 2019
KR-Nr. 63/2019, RRB-Nr. 335/10. April 2019 (Stellungnahme)
(gemeinsame Beratung mit KR-Nr. 62/2019)

4. «Klimanotstand»

Dringliches Postulat Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten), Michèle Dünki (SP, Glattfelden) und Markus Bärtschiger (SP, Schlieren) vom 25. Februar 2019

KR-Nr. 62/2019, RRB-Nr. 335/10. April 2019 (Stellungnahme)
(gemeinsame Beratung mit KR-Nr. 63/2019)

Das dringliche Postulat 63/2019 hat folgenden Wortlaut:

Der Kanton Zürich erklärt den Klimanotstand und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität. Wir fordern den Regierungsrat auf, zu zeigen, mit welchen Massnahmen die Forderungen der Notstandserklärung vorangetrieben und kommunikativ begleitet werden können.

Begründung:

Am Samstag, 2. Februar 2019, folgten rund 15 000 Menschen aus der Region Zürich dem Aufruf zahlreicher engagierter Schülerinnen und Schüler und gingen auf die Strasse. Sie forderten und werden auch in Zukunft fordern, dass Parlament und Regierung sofort effizient und konsequent handeln, damit die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden kann. «Für eusi Zuekunft» Die Schülerinnen und Schüler sprechen aus, was uns allen schon lange bewusst ist. Es ist Zeit zu handeln: Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter global um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren. Unzählige Städte in Australien, USA oder Grossbritannien haben in den letzten Monaten den Klimanotstand ausgerufen – unter anderem Los Angeles, Vancouver oder London. Nun rief letzte Woche auch der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt auf Antrag der Grünliberalen mit einem deutlichen Mehr von 71 : 17 Stimmen den Klimanotstand aus. Das Ausrufen des Klimanotstands ist eine der zentralen Forderungen der engagierten Schülerinnen und Schüler.

Mit der Notstandserklärung fordern wir den Regierungsrat auf, die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als eine Aufgabe von höchster Priorität anzuerkennen.

- Der Regierungsrat wird aufgefordert, wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär zu behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Der Regierungsrat soll aufzeigen, mit welchen Massnahmen er den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen kann. Dabei könnte die Erarbeitung eines Klimamassnahmenplans hilfreich sein oder bei grösseren Investitionen das Prüfen von Varianten, die geringere Treibhausgasemissionen zur Folge haben – ähnlich einer Umweltverträglichkeitsprüfung bei Bauprojekten.
- Der Regierungsrat orientiert sich für zukünftige Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen. Die IPCC-Berichte empfehlen dringlich eine beschleunigte Reduktion der CO₂-Emissionen zur Erfüllung des Pariser Klimaabkommens.
- Weiter fordert der Kantonsrat den Regierungsrat auf, die Bevölkerung des Kantons umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Massnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, zu informieren.

Für die Erreichung der IPCC-Empfehlungen und die Umsetzung des Pariser Abkommens wonach ein maximaler Temperaturanstieg von 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit angestrebt wird, bleibt noch viel zu tun. Während dem sich viele bezüglich des Ziels einig sind, braucht es noch einen verstärkten Diskurs über die konkreten Massnahmen. Mit eigenen Vorschlägen soll der Regierungsrat hier eine Vorreiterrolle für einen konkreten Klimaschutz übernehmen.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit des Postulats ist aus folgenden Gründen gegeben:

- Der Handlungsbedarf ist erwiesenermassen gross.
- Wir dürfen also nicht zögern. Schnellstmögliches Handeln auf allen Ebenen ist gefragt um den Schaden rasch und effektiv einzugrenzen. Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als eine Aufgabe von höchster Priorität anzuerkennen.
- Zudem gilt: Je später wir handeln, desto teurer wird es.
- Ohne Dringlichkeit würden wir das Anliegen der engagierten Schülerinnen und Schüler nicht ernst nehmen und auf die lange Bank schieben. Rasches Handeln sind wir den Jugendlichen schuldig. Der Kantonsrat hat das Postulat an seiner Sitzung vom 11. März 2019 dringlich erklärt.

Der Regierungsrat nimmt auf Antrag der Baudirektion wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat ist sich der Bedeutung der Stabilisierung des Klimas bewusst und anerkennt die Notwendigkeit, dass auch der Kanton einen Beitrag zur Verminderung des Ausstosses von Treibhausgasen leistet. Der Kanton ist dazu in verschiedener Hinsicht aktiv und setzt bereits eine Vielzahl von Massnahmen um.

Der Begriff «Klimanotstand» erweckt den Eindruck, dass der Notstandsartikel der Kantonsverfassung (Art. 72 KV; LS 101) zur Anwendung komme. Notstand im Sinne dieser Verfassungsbestimmung setzt eine schwerwiegende Störung oder unmittelbare Bedrohung der öffentlichen Sicherheit voraus. Da beides im vorliegenden Zusammenhang nicht gegeben ist, kann im Kanton Zürich der geforderte «Klimanotstand» nicht erklärt werden. Auch von ähnlichen symbolischen Erklärungen sieht der Regierungsrat ab.

Im Übrigen wird zu den einzelnen Forderungen der «Notstandserklärung» wie folgt Stellung genommen:

Geschäfte, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen, wenn immer möglich prioritär behandeln

Eine allgemeine Bevorzugung von Geschäften, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen, hält der Regierungsrat nicht für sinnvoll. Eine Priorisierung muss im Einzelfall – im Sinne einer Güterabwägung – vorgenommen werden. Eine vorgezogene Behandlung von wichtigen Geschäften ist bereits heute üblich.

Aufzeigen von Massnahmen, mit denen der Klimawandel oder dessen Folgen abgeschwächt werden können

Mit den im Oktober 2018 festgesetzten Massnahmenplänen «Verminderung der Treibhausgase» und «Anpassung an den Klimawandel» (RRB Nr. 920/2018) wird aufgezeigt, welche Aktivitäten im Kanton Zürich bereits bestehen und welche rund 60 zusätzlichen Massnahmen in der Kompetenz des Kantons in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Eine Überprüfung des kantonalen CO₂-Ziels von 2,2 Tonnen pro Kopf und Jahr, das gemäss § 1 lit. d des Energiegesetzes vom 19. Juni 1983 (LS 730.1) 2050 erreicht werden soll, ist zudem bereits in Planung. Ebenso ist die Erstellung einer Auslegeordnung zu den langfristigen Möglichkeiten und Konsequenzen einer vollständigen Dekarbonisierung für Gesellschaft und Wirtschaft im Kanton Zürich vorgesehen (vgl. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion KR-Nr. 228/2018).

betreffend Klimaschutz: Masterplan Dekarbonisierung – Ausstieg aus den fossilen Energien).

Die im Postulat geforderte Prüfung von Varianten bei grösseren Investitionen und die Berücksichtigung der damit zusammenhängenden Emissionen sind in einigen Bereichen bereits Standard (z. B. bei Fahrzeugbeschaffungen, vgl. RRB Nr. 1425/2013). Der Regierungsrat wird prüfen, ob diese Kriterien auch in anderen Bereichen bei grösseren, klimarelevanten Investitionen ausreichend berücksichtigt werden, und bei Bedarf entsprechende Massnahmen ergreifen.

Orientierung an Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) bei zukünftigen Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels

Wie in der Stellungnahme des Regierungsrates zum dringlichen Postulat KR-Nr. 62/2019 betreffend Klimanotstand erläutert, stützt sich der Regierungsrat bei der Überprüfung des kantonalen CO₂-Ziels im Energiegesetz unter anderem auf die künftige, langfristige Klimastrategie des Bundesrates. In dieser werden auch die neusten Berichte des Weltklimarates IPCC zur notwendigen Emissionsverminderung für das Erreichen der Klimaziele des Klimaübereinkommens von Paris (SR 0.814.012) berücksichtigt.

Information der Bevölkerung des Kantons

Der Regierungsrat informiert die Bevölkerung bereits über verschiedene Kommunikationswege. So wird das Thema Klimawandel im Umweltbericht behandelt, und auf der Website www.klima.zh.ch findet sich ein breites Informationsangebot, unter anderem die Broschüre «Klimawandel im Kanton Zürich» und neun Themenblätter zu Klimafolgen und Möglichkeiten zur Verminderung der Treibhausgase und zur Anpassung an den Klimawandel in wichtigen Bereichen. Des Weiteren informiert der Kanton regelmässig in der Zeitschrift «Zürcher Umweltpraxis» über Klimathemen. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Mobilität informiert der Kanton zudem mit Informationsmaterial, Beratungen, Veranstaltungen und Weiterbildungen über mögliche Massnahmen. Damit verfügt der Kanton bereits über ein gutes und umfangreiches Informationsangebot.

Übernahme einer Vorreiterrolle für einen konkreten Klimaschutz

Mit den genannten bestehenden und bereits geplanten Aktivitäten des Kantons zur Verminderung der Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an den Klimawandel ist der Kanton bereits sehr aktiv und steht auch im interkantonalen Vergleich gut da.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das dringliche Postulat KR-Nr. 63/2019 abzulehnen.

Ratspräsident Dieter Kläy: Sie haben heute Morgen gemeinsame Beratung der beiden dringlichen Postulate 62/2019 und 63/2019 beschlossen. Wir werden also die zwei Geschäfte gemeinsam diskutieren und anschliessend aber getrennt darüber abstimmen.

Der Regierungsrat beantragt, die beiden Postulate nicht zu überweisen. Gemäss Paragraph 24 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über die Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Darebin in Australien war 2016 die erste Stadt, die den Climate Emergency ausrief. Mittlerweile haben schon über 300 Städte oder Regionen weltweit den Klimanotstand ausgerufen. Kürzlich haben sogar das Vereinigte Königreich, UK, und Irland den Climate Emergency verkündet, und nur schon in Grossbritannien allein gibt es 59 Regionen oder Städte, die das getan haben. Wir können also auf den fahrenden Zug aufspringen und sind in guter Gesellschaft mit dem Klimanotstand. Das ist auch gut so, denn den Klimawandel können wir nicht allein, sondern nur gemeinsam in den Griff kriegen.

Im Postulat der GLP geht es vor allem um das Bekenntnis zur Dringlichkeit. Mit der Notstandserklärung fordern wir, dass der Klimawandel mit seinen schwerwiegenden Folgen angepackt und als Aufgabe höchster Priorität anerkannt wird. Die Notstandserklärung ist auch eine Absichtserklärung im Sinne «Ja, es ist uns wirklich ernst mit der Reduktion von Treibhausgasen».

Adrian Whitehead, der Klimaaktivist, der Darebin, einen Vorort von Melbourne, dazu gebracht hat, den ersten Klimanotstand auszurufen, sagt das so: Die Ausrufung des Klimanotstands zeigt den Menschen, dass es sich tatsächlich um einen Notfall handelt. Man spreche anders über den Klimawandel, wenn der Notstand ausgerufen sei.

Es ist aber auch die Forderung der Jungen, welche die Grünliberalen aufgenommen haben und die auch von den Mitte-links-grün-Parteien mitgetragen wird. Wir bedauern, dass der Regierungsrat die Postulate nicht entgegennehmen will, möchten aber trotzdem beide Postulate überweisen und somit den Klimanotstand im Kanton Zürich ausrufen.

Für die Grünliberalen ist aber auch klar: Mit dem Ausrufen des Notstands allein ist die Arbeit noch nicht getan, bei weitem nicht. Wie schon in den vergangenen Jahren werden wir uns weiterhin engagiert für CO₂-reduzierende und umweltfreundliche Massnahmen einsetzen.

Leider haben diese in den letzten Jahren aufgrund der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat kein Gehör gefunden, was wir sehr bedauern. Diese Legislatur möchten und werden wir jedoch nutzen um Nägel mit Köpfen zu machen. Wir Grünliberalen sind uns bewusst, dass wir in der neuen Legislatur Verantwortung übernehmen müssen und können, um den Klimaschutz vorwärtszubringen.

Hohe Priorität haben dabei Massnahmen mit einem grossen CO₂-Reduktionspotenzial. Im Kanton Zürich verursachen der Wärmebedarf der Gebäude und der Verkehr rund 70 Prozent der gesamten THG-Emissionen (*Treibhausgas-Emissionen*). Zu den Massnahmen mit einem grossen Reduktionspotenzial zählen beispielsweise Massnahmen im Gebäudebereich wie der Ersatz von fossilen Heizsystemen, Massnahmen zur Förderung nachhaltiger Mobilitätsformen, wie ein verursachergerechtes Mobility Pricing, Elektromobilität oder der Ausbau von Veloinfrastrukturen, aber auch Massnahmen für nachhaltigere Geldanlagen und Investments.

Die Nichtentgegennahme der Postulate begründet der Regierungsrat unter anderem damit, dass er bereits einen Massnahmenplan zur Verminderung der Treibhausgase erarbeitet hat. Das ist löblich, nur: Viele Massnahmen basieren immer noch auf dem jetzigen Ziel, den CO₂-Ausstoss bis 2050 auf 2,2 Tonnen pro Einwohner zu senken. Und dieses schon längst überholte und nicht Paris-konforme (*Übereinkommen von Paris der Weltklimakonferenz*) 2,2-Tonnen-Ziel umfasst ausschliesslich die CO₂-Emissionen aus der Energienutzung. Die Treibhausgase sowie nicht energiebedingte CO₂-Emissionen sind nicht einbezogen.

Zudem sind die Massnahmen meist sehr vorsichtig formuliert. So heisst es etwa «es soll etwas geprüft werden» oder «eine Entwicklung soll weiterverfolgt werden». Dabei braucht es nun dringlich Nägel mit Köpfen. Wir sind aber sehr zuversichtlich, dass viele Massnahmen nun dank dem neuen Umweltdirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) griffiger, konkreter und rascher umgesetzt werden, und hoffen, dass das Thema «Klima» auch ein neuer Legislatorschwerpunkt werden kann.

Die Bekämpfung des Klimawandels ist auch deshalb dringlich, weil Massnahmen zur Erreichung des IPCC-Ziels von 1,5 Grad Temperaturanstieg umso teurer werden, je länger wir warten. Deshalb braucht es grosse Schritte, sofortiges Handeln und griffige Massnahmen. Den Klimawandel nur mit kleinen Schritten und ausschliesslich mit freiwilligen Massnahmen zu bekämpfen, wie von der FDP kürzlich gefordert, ist

keine Lösung. Denn das dauert schlicht zu lange. Ich zitiere da den amerikanischen Nachhaltigkeitsexperten Alex Steffen: «Langsam zu gewinnen ist beim Klimawandel dasselbe wie zu verlieren.»

Die Zeit drängt. Der Klimawandel ist nicht bloss ein Klimaproblem, er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Artenschutz-, Migrations- und Friedensproblem. Er betrifft uns alle. Auch die seit Monaten um Gehör kämpfenden Jugendlichen fordern das Setzen von Prioritäten zugunsten des Klimaschutzes und griffige Massnahmen. Und wir, die politisch Verantwortlichen, sind aufgefordert, unseren Beitrag zu leisten, das heisst, diesen Forderungen den nötigen Kick zu geben, mit dem Bekenntnis zum dringlichen Handeln. Für eusi Zuekunft – und vor allem für diejenige der nächsten Generationen. Wir beantragen die Überweisung der beiden Postulate.

Das dringliche Postulat KR-Nr. 62/2019 hat folgenden Wortlaut:

Der Regierungsrat wird aufgefordert, einen Bericht vorzulegen, wie die folgenden Massnahmen zu ergreifen sind und die dafür nötigen Gesetzesänderungen vorzunehmen sind:

1. Der Regierungsrat ruft analog zu Städten wie Basel, London und Vancouver den «Klimanotstand»¹ im Kanton Zürich aus.
2. Der Regierungsrat erarbeitet eine Strategie und setzt diese um, welche die Senkung der CO₂-Nettoemissionen auf null bis 2030 anstrebt und diese bis spätestens 2050 erreicht. Dabei werden sowohl Emissionen von Produktion wie auch von Verbrauch berücksichtigt.
3. Der Regierungsrat setzt sich auf Bundesebene und im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit dafür ein, dass die Grundlagen und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um das Ziel der Senkung der CO₂-Nettoemissionen auf null bis 2050 für die ganze Schweiz zu erreichen.
4. Der Regierungsrat arbeitet mit anderen Regierungen (sowohl in der Schweiz, wie auch international) zusammen, um Massnahmen zu finden und umzusetzen, welche die zukünftige globale Erwärmung auf unter 1,5 °C begrenzen.

Begründung:

¹ Die Begriffe «Climate Emergency» resp. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmassnahmen sein.

Der neuste IPCC Bericht zeigt wissenschaftlich und mit aller Klarheit auf, dass wir uns mitten in einer menschengemachten Klimakrise befinden. Stadtregierungen rund um die Welt reagieren, indem sie den «Klimanotstand» ausrufen und Ressourcen investieren, um dieser Krise angemessen zu begegnen. Die Komplexität der Klimakrise erfordert Antworten und Lösungen auf allen Ebenen, also sowohl individuelle Verhaltensänderungen wie auch institutionelle Massnahmen, die Einzelpersonen nur indirekt auslösen können.

Wenn wir jetzt nicht reagieren, wird es zu spät sein. Noch ist eine Reaktion möglich, viel Zeit bleibt uns aber nicht. Der IPCC Bericht enthält Szenarien, welche aufzeigen, wie die weltweite Klimaerwärmung auf 1,5 °C beschränkt werden kann. Eine Erwärmung um 1,5 °C bis 2050 wird von den Expertinnen und Experten als Grenze definiert, welche «nur» Konsequenzen nach sich zieht, welche noch als bewältigbar oder reversibel gelten. Die Schweiz und insbesondere der Kanton Zürich sind dabei als weit überdurchschnittliche Emittenten von Treibhausgasen im besonderen Masse gefordert. Dem grössten Schweizer Kanton kommt dabei eine besondere Verantwortung zu bei der Bewältigung der existierenden und sich verschärfenden Klimakrise, mit ihren vielfältigen negativen Auswirkungen. Als wichtiger Wirtschaftsstandort kann und muss er Anreize für die Entwicklung von Lösungen, Geschäftsfeldern und Innovationen schaffen, welche als Ganzes eine tragfähige Klimastrategie bilden. Der Kanton Zürich soll national und international vorangehen und weitere Regierungen durch konkretes Handeln motivieren, ihre eigenen Ressourcen für die Bewältigung der Klimakrise einzusetzen. Handeln wir, solange noch Zeit zum Handeln bleibt.

Begründung der Dringlichkeit:

Wie der IPCC-Bericht zeigt, erfordert die aktuelle Situation schnelles Handeln. Denn je länger die Bewältigung der Klimakrise herausgeschoben und verzögert wird, desto schwieriger wird es, die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Der Kantonsrat hat das Postulat an seiner Sitzung vom 11. März 2019 dringlich erklärt.

Der Regierungsrat nimmt auf Antrag der Baudirektion wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat ist sich der Bedeutung der Stabilisierung des Klimas bewusst und anerkennt die Notwendigkeit, dass auch der Kanton einen Beitrag zur Verminderung des Ausstosses von Treibhausgasen leistet. Der Kanton ist diesbezüglich in verschiedener Hinsicht aktiv und setzt bereits eine Vielzahl von Massnahmen um.

Zu Frage 1:

Der Begriff «Klimanotstand» erweckt den Eindruck, dass der Notstandsartikel der Kantonsverfassung (Art. 72 KV; LS 101) zur Anwendung komme. Notstand im Sinne dieser Verfassungsbestimmung setzt eine schwerwiegende Störung oder unmittelbare Bedrohung der öffentlichen Sicherheit voraus. Da beides im vorliegenden Zusammenhang nicht gegeben ist, kann im Kanton Zürich der geforderte «Klimanotstand» nicht erklärt werden. Auch von ähnlichen symbolischen Erklärungen sieht der Regierungsrat ab.

Zu Frage 2:

Die geforderte Strategie, die eine Senkung der CO₂-Nettoemissionen auf null bis 2030 anstreben soll, geht wesentlich über die Erfordernisse zur Erfüllung des von der Schweiz ratifizierten Klimaübereinkommens von Paris (SR 0.814.012) hinaus. Der Sonderbericht «1,5 °C globale Erwärmung» des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) hat im Herbst 2018 aufgezeigt, dass zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels bis 2050 weltweit CO₂-Neutralität und damit eine vollständige Abkehr von fossilen Energieträgern erforderlich ist. Der Bundesrat lässt aufgrund dieses Sonderberichts derzeit das indikative Schweizer Emissionsreduktionsziel für 2050 von 70% bis 85% gegenüber 1990 überprüfen. Zudem wird zurzeit eine langfristige Schweizer Klimastrategie 2050 erarbeitet, die im Rahmen des Klimaübereinkommens von Paris bis Ende 2020 beim Sekretariat der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen eingereicht werden soll. Eine Überprüfung des kantonalen CO₂-Ziels von 2,2 Tonnen pro Kopf und Jahr, das gemäss §1 lit. d des Energiegesetzes vom 19. Juni 1983 (LS 730.1) 2050 erreicht werden soll, ist zudem bereits in Planung. Sie erfolgt auf der Grundlage des revidierten nationalen CO₂-Gesetzes (SR 641.71) sowie unter Berücksichtigung der künftigen, langfristigen Schweizer Klimastrategie. Ebenso ist die Erstellung einer Auslegeordnung zu den langfristigen Möglichkeiten und Konsequenzen einer vollständigen Dekarbonisierung für Gesellschaft und Wirtschaft im Kanton Zürich vorgesehen (vgl. Stellungnahme des Regierungsrates zu Motion KR-Nr. 228/2018 betreffend Klimaschutz: Masterplan Dekarbonisierung – Ausstieg aus den fossilen Energien). Mit den im Oktober 2018 festgesetzten Massnahmenplänen «Verminderung der Treibhausgase» und «Anpassung an den Klimawandel» (RRB Nr. 920/2018) wird ausserdem aufgezeigt, welche Aktivitäten im Kanton Zürich bereits bestehen, und es werden rund 60 zusätzliche Massnahmen in der Kompetenz des Kantons definiert, die in den nächsten Jahren umzusetzen sind. Eine regelmässige Neubeurteilung der Möglichkeiten zur Verminderung der

Treibhausgase und zur Anpassung an den Klimawandel ist im Rahmen der Umsetzung der Massnahmenpläne vorgesehen. Die bestehenden und geplanten Aktivitäten und Arbeiten tragen somit zu einer zielgerichteten kantonalen Klimapolitik bei. Eine Erarbeitung der geforderten Strategie würde keinen weiteren Erkenntnisgewinn bringen.

Zu Fragen 3 und 4:

Ein wesentlicher Anteil der Treibhausgasemissionen wird vom Gebäudebestand verursacht. Für energetische Massnahmen bzw. Vorgaben in diesem Bereich sind die Kantone zuständig. Der Kanton Zürich setzt dabei auf verschiedene Massnahmen, zusammengesetzt aus Information, Beratung, Weiterbildung, finanziellen Anreizen und Vorschriften. Andere Sektoren, die wesentliche Treibhausgasemissionen verursachen, befinden sich in der Kompetenz des Bundes. Sie werden auf nationaler Ebene über die CO₂-Gesetzgebung (z. B. CO₂-Grenzwerte für neue Fahrzeuge, Emissionshandelssystem Industrie) oder im Rahmen anderer nationaler Gesetzgebungen (z. B. Festlegung von Massnahmen in der Landwirtschaftsgesetzgebung, Umgang mit synthetischen Treibhausgasen in der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung [SR 814.81]) geregelt. Der Kanton bringt sich bereits jetzt über die entsprechenden Prozesse (z. B. Mitwirkung in Gremien, Teilnahme an Vernehmlassungen) zu massgeblichen Fragestellungen ein. Er wird dies auch künftig zur Erreichung der kantonalen Zielsetzungen tun. Der Kanton Zürich tauscht sich auch heute schon mit anderen Kantonen (z. B. Weiterentwicklung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich) und den Nachbarländern (z. B. Internationale Bodensee Konferenz) zu unterschiedlichen Gesichtspunkten des Klimawandels aus. Forderung 4 zielt darauf ab, die globale Erwärmung auf unter 1,5 °C zu begrenzen, statt wie im Klimaübereinkommen von Paris beschlossen auf deutlich unter 2,0 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau und mit Anstrengungen für eine Begrenzung auf 1,5 °C. Der Regierungsrat wird sich an diesen letztgenannten, im Rahmen des Klimaübereinkommens international abgestimmten und von der Schweiz ratifizierten Zielsetzungen orientieren.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das dringliche Postulat KR-Nr. 62/2019 abzulehnen.

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten): Gerne gebe ich Ihnen hier meine Interessenbindungen bekannt: Ich werde, statistisch gesehen, noch bis 2080 leben. Es ist mein Interesse, dass das Klima bis zu diesem Zeitpunkt nicht kollabiert, sodass ich meinen Lebensabend in Ruhe in

einer intakten Umwelt verbringen kann. Und es ist in meinem Interesse, meinen Kindern nicht erklären zu müssen, warum wir, als noch Zeit dazu war, nichts unternommen haben; nichts unternommen, um das Übel abzuwenden, vor dem uns über 90 Prozent der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewarnt haben. Darum ist es mir ein Anliegen, dass endlich auch der Kanton Zürich Farbe bekennt, dass wir es den Ländern Grossbritannien, Irland, Deutschland und den Städten Konstanz, Heidelberg, London, Vancouver, Basel, Olten et cetera gleichtun und den Klimanotstand ausrufen. Denn, wie der Regierungsrat argumentiert: Notstand setzt eine schwerwiegende Störung oder unmittelbare Bedrohung der öffentlichen Sicherheit voraus. Ich denke mal, ein zerstörtes Klima und die damit verbundenen Konsequenzen für Mensch, Tier und die gesamte Umwelt stellen durchaus eine schwerwiegende Störung und unmittelbare Bedrohung dar, vielleicht nicht sofort, aber in absehbarer Zeit. Da ist es nur legitim, den Notstand symbolisch auszurufen.

Es ist mir bewusst, dass die Ziele der Postulate sehr ambitioniert sind und dass das Bestreben, die Klimaneutralität bis 2030, die absoluten Mindestanforderungen des Pariser Abkommens übersteigt. Aber eigentlich übernimmt das Postulat hier ziemlich genau das Narrativ des Klimaabkommens. Denn auch wenn immer die Rede von einer Beschränkung von 1,5 bis 2 Grad Celsius ist, empfiehlt der IPCC-Bericht, sich nicht mit dem Ziel von 2 Grad Celsius zu begnügen. Und genau das ist es, was wir hier fordern: netto null bis 2030 anzustreben, zwingend aber bis 2050 zu erreichen. Denn nur weil ich meine Matura auch mit einem Viererschnitt bestanden hätte, heisst das nicht, dass ich mir nicht doch die Mühe gemacht hätte, gute Noten zu kriegen. Klar, das primäre Ziel ist das Bestehen oder, wie in diesem Fall, die Erfüllung des Abkommens. Doch wir alle wissen: Lieber lernt man zu viel, setzt auf Nummer sicher und versucht mehr als nur die Mindestanforderungen zu erfüllen.

Der Kanton Zürich hat hier die Chance, innovativ zu sein, ein Vorreiter, ein Vorbild, eine Motivation für Städte, Regionen und Länder. Es muss immer jemand den Anfang machen, um Veränderungen herbeizuführen, und der Kanton Zürich hat nun hier die Chance, als Teil dieses Anfangs in die Geschichte einzugehen.

Nach dem CO₂-Gesetz-Debakel auf Bundesebene (*Ablehnung des CO₂-Gesetzes in Nationalrat*) ist es jetzt umso wichtiger, dass der Kanton Zürich seine Verantwortung eigenständig wahrnimmt. Denn wir können es uns nicht leisten, zu warten, bis eine griffige, unverwässerte Vorlage in Kraft tritt. Stattdessen setzt der Regierungsrat hier lieber auf

Verhinderung. In seiner Ablehnung der Postulate verweist auf die beiden Massnahmenpläne von 2018, Massnahmenpläne, welche das Ziel verfolgen, die CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr auf 2,2 Tonnen bis 2050 zu senken, ein Ziel, welches die Anforderungen der Pariser Klimaabkommens untertrifft, und zwar massiv. Denn um die Neutralität zu erreichen, muss sich der CO₂-Ausstoss pro Kopf und Jahr auf zwischen 1 und 1,5 Tonnen beschränken, also plus/minus die Hälfte des kantonal gesetzten Ziels. Und was soll durch den Massnahmenplan bis 2030 passieren? Von den prognostizierten Treibhausgasemissionen im Jahr 2030 können damit 7 bis 8 Prozent der Emissionen eingespart werden, heisst es auf Seite 16, und das auch nur bei vollständiger und konsequenter Umsetzung. 7 bis 8 Prozent Einsparung? Das ist lächerlich.

Und hier wird klar: Bisher hatte der Regierungsrat weder eine wirkliche Strategie noch die Absicht, seinen Teil zur Lösung der bevorstehenden Klimakrise zu leisten. Aber klar, wenn die Massnahmen grösstenteils daraus bestehen, lediglich Anreize zu schaffen, ist das nicht mal besonders effizient. Ein Beispiel dafür sind die ausgeführten Massnahmen im Punkt «Gebäude» im Massnahmenplan zur Verminderung der Treibhausgase. Im Jahr 2015 verursachten Gebäude rund 40 Prozent der Treibhausgasemissionen, insbesondere wegen der Öl- und Gasheizungen, welche im Kanton noch immer weitverbreitet sind. Doch statt ihre Ersetzung durch erneuerbare Energieträger zu forcieren, sollen lediglich die Förderung des Ersatzes sowie die Optimierung der Öl- und Gasheizungen geprüft und ein Pilotprojekt zur Ergänzung der fossilen Heizsysteme durch Wärmepumpen gefördert werden. Angesichts dessen, dass der Gebäudebereich ein solch grosses Treibhausgassparpotenzial hat und dass schon wenige, aber griffige Massnahmen viel bewirken könnten, wird viel zu wenig gemacht und werden die Möglichkeiten nicht annähernd ausgenutzt. Ein zukunftsorientierter, innovativer und nachhaltiger Kanton sieht für mich eindeutig anders aus. Und wenn dann die Postulate mit der Begründung abgelehnt werden, dass der Kanton Zürich bereits so viel macht, um die Klimaziele umzusetzen, kann ich das nicht ganz ernst nehmen. Ein verantwortungsvoller Kanton sieht in meiner Vorstellung anders aus, denn dieser muss alles Menschenmögliche in Bewegung setzen, um den zukünftigen Generationen eine intakte Umwelt zu übergeben, damit sie nicht den Scherbenhaufen unseres Versagens aufräumen müssen.

Dass wir dabei nicht nur vor der eigenen Haustür kehren dürfen, ist klar, der Kanton Zürich ist schliesslich nicht der einzige Verursacher der Klimaerwärmung. Eine starke Zusammenarbeit mit dem Bund und auch internationalen Regierungen ist daher essentiell. Alle sollten von

den bereits gemachten Erfahrungen, neuen Ideen, anderen Blickwinkeln profitieren können. Es ist höchst erfreulich, dass ein solcher Austausch bereits stattfindet, doch es ist auch wichtig, dass der Kanton Zürich bei dieser Gelegenheit versucht, das Maximum statt das Minimum aus dem Abkommen herauszuholen. Das Argument des Regierungsrates bleibt auch hier unverständlich, zumal das Ziel von maximal 1,5 Grad Klimaerwärmung nicht wirklich weit von deutlich unter 2 Grad entfernt ist. Und wie bereits herausgestrichen: Der IPCC-Bericht empfiehlt das Anstreben des 1,5-Grad-Ziels mit Nachdruck. Auch hier scheint es, als ob der Regierungsrat auf keinen Fall das Image des Musterschülers erhalten will. Dabei sind nicht diejenigen die Coolen, die immer mit Ach und Krach bestehen und vor jeder Prüfung zittern müssen. Es sind die Streberinnen und Streber, an denen man sich ein Vorbild nehmen sollte.

Aus diesen Gründen bitte ich: Vertrauen Sie bitte auf die über 90 Prozent der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die den menschengemachten Klimawandel bestätigen und uns als Individuen wie auch als politische Entscheidungsträgerinnen und -träger auffordern, zu handeln. Und nein, ein Animationsfilm wie «Ice Age» mit sprechenden Tieren und fragwürdiger historischer Korrektheit ist kein geltendes Gegenargument. Ich bitte Sie, anerkennen und respektieren Sie das politische Engagement der mutigen jungen Menschen in der Klimastreik-Bewegung. Sie investieren einen grossen Teil ihrer Freizeit und Energie in den Kampf gegen den Klimawandel. Und ob Sie das nun wollen oder nicht, diese jungen Aktivistinnen und Aktivisten kämpfen auch für Sie und sie kämpfen auch für Ihre Kinder. Also legen Sie ihnen nicht noch mehr Steine in den Weg, sondern unterstützen Sie zumindest auf politischem Weg ihre richtigen und wichtigen Forderungen. Ich bitte Sie, etwas weiter zu denken als nur zum nächsten Budget. Ja, effektiver Klimaschutz wird kosten, doch eine intakte Umwelt sollte uns diese Investition wert sein. Denn was nützt uns ein Sparbudget, was nützen uns Millionenreserven, was nützt uns der Reichtum, wenn die Umwelt mal nachhaltig geschädigt ist? Um Gewinne einzustreichen, um zu spekulieren, um wirtschaften zu können, brauchen wir die Umwelt.

Ich bitte Sie, es der SP-Fraktion gleichzutun und die beiden Postulate zum Klimanotstand zu überweisen – für uns, für die Jugend und für alle Generationen, die noch folgen werden. Besten Dank.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Vorab ein Bekenntnis: Ja, das Klima erwärmt sich. Ja, zu viel CO₂ in der Atmosphäre spielt dabei wahrscheinlich eine Rolle. Ja, der Mensch erzeugt zu viel CO₂ und trägt damit zur Erwärmung bei. Ja, auch die Schweiz trägt einen Anteil, um genau zu sein 0,001 Prozent zum weltweiten menschengemachten CO₂-Ausstoss bei. Wie viel davon der Kanton Zürich ausmacht, weiss ich nicht, dazu hatte mein Taschenrechner zu wenig Nullen hinter dem Komma. So weit, so schlecht. Doch führt dies nun im Ernst zu einer schwerwiegenden Störung oder unmittelbaren Bedrohung der öffentlichen Sicherheit? Muss der Regierungsrat nun auch ohne Gesetzesgrundlage sofort Massnahmen und Notverordnungen erlassen, welche er zudem unverzüglich dem Kantonsrat zur Genehmigung zu unterbreiten hat? Ist das so? Nein. Dann ist auch der geforderte Notstand nach Artikel 72 der Kantonsverfassung nicht gegeben. Allein schon deswegen sind diese Postulate entschieden abzulehnen. Einen Notstand, einen symbolischen Notstand auszurufen, ohne die verfassungsmässigen Konsequenzen durchzuziehen, schwächt dieses Instrument für echte Notsituationen und verspottet die Verfassung. Die alarmistische Forderung zur Ausrufung des Notstandes, ohne die Auswirkungen zu tragen, ist ein Begriffsmissbrauch und ein unehrliches Geschäft mit der Angst. Im Wahlkampf überboten sich dabei SP und GLP mit apokalyptischen Prognosen, wir haben es wieder gehört, schürten die Klimapanik und betrieben mit diesen Postulaten billigsten Ökopopulismus. Der Wahlkampf ist vorbei und eine sachliche Beurteilung angezeigt. Entgegen dem, was die Klimapopulisten mit religiösem Eifer suggerieren, sind in der jüngeren Vergangenheit massive Anstrengungen in der Ökobilanz in allen Sektoren unternommen worden; am erfolgreichsten immer dann, wenn der Markt spielt und sich ökologische Entwicklungen auch ökonomisch rechnen, was meistens der Fall ist. Es sind die Unternehmen, die KMU und die Bauern, welche den grössten Beitrag leisten und auch als Produzenten von erneuerbaren Energien die Nase vorne haben. Die Effizienzsteigerung neuer Gebäude und der Mobilität auf der Strasse ist beträchtlich. Auch im stigmatisierten Luftverkehr konnten in den letzten 20 Jahren die Emissionen pro Flug um 43 Prozent gesenkt werden. Wenn wir nun das CO₂ als grösste Geisel der Menschheit einschätzen und daher auf Elektromobilität, Wärmepumpen und die Digitalisierung setzen, dann brauchen wir Strom. Mit erneuerbaren Energien allein werden wir das nie schaffen. Die Sonne scheint dann ans Panel, wenn das Auto unterwegs ist. Sie scheint dann nicht, wenn wir heizen wollen. Windräder sind bei uns weder effizient genug noch landschaftsverträglich. Die Geothermie zur Stromproduktion ist noch

sehr weit von rentablen Lösungen entfernt. Zu Dumpingpreisen importierter Kohle- und Gaskombistrom aus Deutschland kann unmöglich die Lösung sein, die Klimaziele würden damit geradezu pervertiert. Die propagierte Suffizienz der Klimaheiligen führt zu nicht hinnehmbaren Freiheitsbeschränkungen und zur Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit. Sie gefährdet genau den Wohlstand, den es braucht, um die erforderlichen Fortschritte zu finanzieren. Sie können es also drehen und wenden, wie Sie wollen, es geht nicht auf. Wenn die CO₂-Emissionen tatsächlich unser grösstes Problem sind und Sie dieses wirklich ernst nehmen, dann führt kein Weg daran vorbei, dass Sie Ihre Haltung zur Kernenergie überdenken. Nur in Kombination mit Pumpspeicherwerken, erneuerbaren Energien und Kernkraftwerken neuester Generation können die Klimaziele bei unverändertem Bevölkerungswachstum ohne Wohlstandsverlust erreicht werden. Wir sind gespannt, ob Sie bereit sind, ideologiebefreit an wirklich nachhaltigen Lösungen mitzuarbeiten.

Anerkennen Sie auch, dass gerade der Kanton Zürich und die Baudirektion im Besonderen schon in der Kägi-Ära (*Altregierungsrat Markus Kägi*) eine äusserst aktive Rolle in der Klimapolitik eingenommen und auch die Information dazu stets gepflegt hat. Ich verweise da insbesondere auf die erwähnten Massnahmenpläne des AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) zur Verminderung der Treibhausgase und der Anpassungen an den Klimawandel, die Broschüre «Klimawandel im Kanton Zürich» sowie den Energieplanungsbericht.

Abschliessend stelle ich fest: Wir alle in diesem Saal, von links bis rechts, von grün bis rot, wollen die Natur als unsere Existenzgrundlage erhalten und schützen. Wahlkampfmotivierte Symbolpolitik ist dazu ungeeignet und kontraproduktiv. Lassen Sie uns die Ziele wie bisher mit konkreten Massnahmen, welche sowohl ökonomisch tragbar wie auch ökologisch nützlich sind, auf freiheitlicher marktwirtschaftlicher Basis, ohne staatlichen Zwang, Ablasshandel und prohibitive Lenkungsabgaben erreichen.

Helfen Sie mit, tragen wir über die Parteigrenzen hinaus Verantwortung und suchen pragmatisch nach echten Lösungen. Lehnen Sie beide Postulate ab. Es wird interessant sein zu hören, in welcher Grünschattierung der neue grüne oder giftgrüne Baudirektor (*Heiterkeit*) die vernünftige Haltung der Regierung zu den Postulaten erklären wird. Ich danke Ihnen.

Christian Müller (FDP, Steinmaur): Im Postulat 63/2019 «Für eusi Zukunft», wird in der Begründung angeführt, dass engagierte Schülerinnen und Schüler anlässlich der Demonstration vom Februar 2019 Parlament und Regierung aufgefordert haben, sofort effizient und konsequent zu handeln, damit die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden kann. Dazu möchte ich festhalten, dass durchaus positiv ist, wenn die Jugend sich mit diesem wichtigen Thema befasst und ihre Gedanken dazu auch kommuniziert. Dies gilt selbstverständlich genauso für andere wichtige Fragen in unserer Gesellschaft, denn vieles betrifft ja meist auch ihre Zukunft.

Diese beiden Postulate werden aber dieser Forderung in keiner Weise gerecht. Im Gegenteil: Statt mit konkreten Vorschlägen die längst gefassten Ziele zu verfolgen und die Regierung bei der Umsetzung der bereits aufgezeigten Massnahmen zu unterstützen, werden diese Postulate die Regierung einmal mehr nur mit dem Abfassen von neuen Berichten beschäftigen, zu einem Thema, zu dem sie schon genügend berichtet hat. Ich gehe auch davon aus, dass die meisten von Ihnen die Fabel «Der Hirtenjunge und der Wolf» kennen. Ganz ähnlich verhält es sich auch mit diesen Postulaten. Der Begriff «Notstand» sollte nur dort verwendet werden, wo dies auch tatsächlich zutrifft. Wie die Regierung in ihrer Stellungnahme deutlich erklärt hat, ist dies hier definitiv nicht der Fall. Notstandsmassnahmen sind im Ernstfall von grosser Bedeutung und sollten, wenn sie einmal getroffen werden müssen, auch konsequent befolgt werden. Ein Missbrauch dieses Begriffs schwächt dessen Bedeutung.

Der IPCC-Bericht bringt auch zum Ausdruck, dass der Klimawandel von Menschen gemacht sei. Hier ist der zweite Fehler dieser Postulate zu sehen: Sie suggerieren, dass die Politik die Katastrophe abwenden kann. Eine von Menschen gemachte Klimakatastrophe kann aber auch nur von Menschen korrigiert werden und nicht allein von der Politik. Das bedeutet, dass Massnahmen von der Bevölkerung verstanden und mitgetragen werden müssen. Nur so werden sie effizient sein. Statt also reine Symbolpolitik zu betreiben, neue Berichte zu fordern und dazu noch international vereinbarte Ziele abändern zu wollen, wäre es sinnvoller, konsequent daran zu arbeiten, die so schon anspruchsvollen Ziele zu erreichen.

Als Arbeitgeber weiss ich, dass Ziele zwar fordernd, aber auch erreichbar sein müssen. Die Ziele laufend abzuändern und noch höher zu stecken, bevor sie erreicht werden können, ist demotivierend. Viel motivierender ist es, wenn man stets kommuniziert, was bereits gemacht wurde und wo ein Erfolg da ist. Daraus kann abgeleitet werden, wo man

anders vorgehen muss oder wo die Anstrengungen intensiviert werden müssen. Dieses Wissen fehlt den Postulanten offenbar völlig.

Genau daran arbeitet aber die FDP, an konkreten Vorstössen, die umsetzbar sind, eine Wirkung haben, auch von der Bevölkerung akzeptiert sind und so die Zielerreichung unterstützen. Und dies auf allen Ebenen. So ist zum Beispiel von der Stadtpartei der FDP ein ganzes Paket an Vorstössen eingereicht worden zu Themen wie Energiegewinnung, energetische Sanierungen und ökologischem, synthetischen Gas. Ebenso sind auf kantonaler Ebene diverse Vorstösse eingereicht worden und weitere in Arbeit. Und national wird die FDP ebenso liberale Lösungen präsentieren, das entsprechende Positionspapier wird darüber Auskunft geben.

Die Postulate zum Klimanotstand lehnen wir ab und werden sie nicht unterstützen, da kein Klimanotstand herrscht.

Marionna Schlatter (Grüne, Hinwil): Den Klimanotstand auszurufen, ist eine der Kernforderungen des Klimastreiks. Der Klimastreik ist Teil der Umweltbewegung, genau wie die Grünen. Selbstverständlich unterstützen wir die Forderungen nach der Ausrufung des Klimanotstandes. Es geht hier nicht um die Ausrufung eines formalen Notstandes, der die Sicherheitsbehörden mobilisiert, sondern es geht um ein Zeichen; ein Zeichen wie jenes, dass nicht mehr vom Klimawandel, sondern von der Klimakrise gesprochen werden muss. Es geht um die Worte, die wir wählen, um der Dringlichkeit Nachdruck zu verleihen. Wird diese Dringlichkeit wahrgenommen, ist der Handlungsbedarf ausgewiesen. Liebe Bürgerliche, richtig, Massnahmen müssen folgen. Ihre Angst vor dem Symbol können wir aber nicht nachvollziehen. Sie lässt sich nur mit nackter politischer Überlebensangst begründen, weil es uns eben nicht, wie Sie stets betonen, gut geht, sondern weil die Klimakrise da ist und Massnahmen erfordert, die über ein Weiter-wie-bisher hinausgehen. Und wenn Sie heute von Massnahmen statt Symbolen sprechen, nehmen wir Sie beim Wort: Unterstützen Sie unsere hängigen Vorstösse im Klimaschutz. Unterstützen Sie die Motion «Masterplan Dekarbonisierung» (KR-Nr. 228/2018), die fordert, dass mit einem Masterplan der Übergang zu erneuerbaren Energien aufgezeigt wird und verbindliche Etappenziele festgelegt werden. Unterstützen Sie unseren Vorstoss zur Klimaverträglichkeitsabschätzung von gesetzlichen Grundlagen (KR-Nr. 225/2018). Unterstützen Sie unseren Vorstoss zur Dekarbonisierung der Zürcher Kantonalbank (KR-Nr. 233/2018). Unterstützen Sie die REDEM-Initiative (KR-Nr. 22/2015, Vorlage 5372), die den Gebäudepark auf Paris-Kurs bringt. Wie die Klimastreikenden

zu sagen pflegen: Die Lösungen sind da. Nun ist der politische Wille gefragt. Wenn der Wille zum Symbol fehlt, zweifle ich am Willen zu Massnahmen.

Die kommenden Jahre sind Schlüsseljahre für die Menschheit. Die Klimakrise ist hier und sie verdient ehrliche Worte. Unterstützen Sie die Ausrufung des Klimanotstands. Herzlichen Dank.

Farid Zeroual (CVP, Adliswil): Im September 2018 wurden vom AWEL die beiden Massnahmenpläne «Klimawandel Verminderung» und «Klimawandel Anpassung» fertiggestellt. Die beiden je über 100-seitigen Dokumente wurden im Oktober 2018 per Regierungsratsbeschluss festgesetzt, und die online zur Verfügung stehenden Dokumente sind absolut lesenswert. Leider wird in den beiden Postulaten keiner der beiden Berichte erwähnt oder auf deren Inhalte referenziert. Im Massnahmenplan sind in vier Teilprojekten «Industrie, Energie und Gebäude», «Verkehr und Raum», «Land- und Forstwirtschaft», «Abfall- und Ressourcenwirtschaft» Dutzende von Massnahmen für den Zeitraum 2019 bis 2024 und darüber hinaus geplant. Ebenso antwortete der Regierungsrat auf das Postulat Nummer 63/2019, «Der Kanton Zürich ruft den Klimanotstand aus», damit, dass sich die Überprüfung des im Massnahmenplan formulierten CO₂-Ziels von 2,2 Tonnen pro Kopf und Jahr bereits in Planung befindet.

Die CVP-Fraktion begrüsst die Aktivitäten in den verschiedenen Direktionen und unterstützt den vom Regierungsrat aufgezeigten Weg. Die beiden dringlichen Postulate, welche eine Notstandserklärung und zugehörige Berichte fordern, unterstützt die CVP-Fraktion jedoch nicht. Denn am Faktum, dass das Klima sich wandelt, und an den zugrunde liegenden Daten hat sich in den letzten Monaten nichts schlagartig verändert. Was sich verändert hat, sind die Klimastreiks, und entsprechend ist das öffentliche Interesse gestiegen. Die Massnahmenpläne des Kantons sind schon seit Monaten verfügbar, aber Eingang in die öffentliche Diskussion haben diese Pläne kaum gefunden. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den bereits definierten Zielen und den geplanten Massnahmen erachtet die CVP als den sachlichen und konstruktiven Ansatz zur Begrenzung der Auswirkungen des Klimawandels – und nicht die zusätzlichen, am 11. März 2019 als dringlich erklärten Postulate. Denn was geschieht, wenn diese Postulate überwiesen werden? Beim CO₂-Ausstoss und beim Klima geschieht erst mal gar nichts, denn wir entziehen dem Regierungsrat beziehungsweise der Verwaltung wichtige Ressourcen, indem wir sie dazu zwingen, innert weniger Monate neue Strategien, neue Berichte zu entwickeln und darüber wieder

Auskunft im Rat zu erteilen. Wenn man meint, dass der Regierungsrat das Klima besser rettet, nur weil er statt zwei Jahren neu nur ein Jahr zur Verfügung hat, um zusätzliche Pseudomassnahmen vorzuschlagen, dann betreibt man vor allem Aktivismus und Symbolpolitik. Die CVP-Fraktion begrüsst Vorstösse, welche die Nachhaltigkeit und Effizienz bei der Erzeugung und Nutzung von Energie anstreben. Aber dabei soll mehr Nutzen erzeugt werden als zusätzliche Berichte und Massnahmenkataloge, welche ihr Erscheinungsdatum voraussichtlich in zwölf Monaten haben werden. Aus diesem Grund lehnt die CVP die Überweisung der beiden Postulate ab.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): All jenen, die jetzt für das Klima auf die Strasse gehen, Schulschwänzerei vorzuwerfen, greift klar zu kurz. Wenschon ist es Ruhestörung, was wir ihnen (*den Demonstrierenden*) zur Last legen könnten. Denn es stört tatsächlich, wenn uns Schulstreikerinnen und -streiker dazu aufrufen, endlich intelligentere und vor allem konkretere Massnahmen zu beschliessen, um den Klimaschutz voranzutreiben.

Natürlich tun wir schon einiges. Wir schreiben episch lange Berichte, die allerdings kaum jemand lesen will. Wir fertigen wunderschöne Massnahmenpläne an, die an Diplomarbeiten in Betriebswirtschaft erinnern. Und wir formulieren hehre Ziele, die jeden Motivationstrainer beglücken würden. Aber wir anerkennen die ernsthafte Besorgnis von Jugendlichen und Erwachsenen, die bei Wind und Wetter auf die Strasse gehen, sich Sorgen wegen dem Klimawandel machen und dabei unsere Ruhe stören. Denn sie sprechen aus, was alle von uns zumindest ahnen: Es ist höchste Zeit, endlich zu handeln.

Auch wenn Politiker gerne Statistiken und Zahlen vertrauen, möchte ich Sie heute damit verschonen, zumal der Hinweis genügen sollte, dass es inzwischen keinen ernst zu nehmenden Wissenschaftler mehr gibt, der den Klimawandel bestreitet. Und ich bin mir auch sicher, dass alle in diesem Saal in irgendeiner Weise von den Folgen des Klimawandels betroffen sein werden. Dabei ist der Verzicht auf Malediven-Ferien, günstiges Mineralwasser oder der Verzehr von Kobe-Rindsfilet noch das kleinste Übel. Denn die Weltbank schätzt, dass die Zahl der Klimaflüchtlinge in den kommenden 30 Jahren auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Darum ist der Klimawandel kein Blödsinn und auch nicht nur ein Klimaproblem. Er ist auch ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem. All das ist im wörtlichen Sinn beunruhigend und kann deshalb niemandem egal sein. Die Ruhestörung

der heutigen Jugend ist also mehr als angebracht. Und die Ernsthaftigkeit ihrer Anliegen infrage zu stellen, nur weil sie den juristisch und historisch belasteten Begriff «Notstand» verwendet, ist eine beschämende und peinliche Rationalisierung.

Wenn der Regierungsrat in seinen Antworten darlegt, was für den Klimaschutz bereits alles aufgegleist ist, nehmen wir dies dankbar zur Kenntnis. Aber damit diese Massnahmen das Gewünschte auch wirklich bewirken, braucht es jetzt ein Parlament, das ideologische Grabenkämpfe wenigstens temporär einstellt und sich auf konkrete und gemeinsam errungene Massnahmen einigen kann. Wenn das britische Parlament dies vor kurzem einstimmig geschafft hat, sollten doch auch wir mehrheitlich vernunftsbegabten Menschen das hier im Kantonsrat hinkriegen.

In Anlehnung an Goethes (*Johann Wolfgang von Goethe, deutscher Dichter*) Faust lautet somit die schlichte Gretchenfrage: «Sag, wie hast du's mit der Klimaschutzvision? Du bist ein herzlich guter Mensch, allein ich glaub, du hältst nicht viel davon.»

Von Umwelt- und Klimaschutz hält die EVP traditionellerweise seit jeher viel. Daher findet sich in ihrem Parteiprogramm, Seite 31, im Themenbereich «Energie und Klima» als erster Satz die Aussage, dass – Zitat – «der Klimaschutz für uns oberste Priorität hat». Auch deshalb teilen wir die Stossrichtung der vorliegenden Postulate. Gleichzeitig halten wir fest, dass wir alle Gewichtungen von Klimaschutzmassnahmen immer in der Gesamtbetrachtung auf ihre ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit prüfen werden.

Die EVP unterstützt alle Massnahmen zugunsten einer lebenswerten und enkeltauglichen Zukunft und wird in diesem Sinne diesen Postulaten zustimmen.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): «Der Klimawandel findet statt», heisst es lapidar im Umweltbericht 2018 des Kantons Zürich. Dieser Umweltbericht wurde noch vom alten Baudirektor verantwortet, der – das ist uns allen bekannt – nicht als Umwelt-Turbo in die Geschichte eingehen wird. Damit haben wir es quasi von neutraler Seite und schwarz auf weiss bestätigt, dass der Klimawandel stattfindet. Ein Leugnen und Abstreiten, wie dies vor den Demos der klimastreikenden Jugendlichen noch gang und gäbe war, ist nicht mehr möglich. Die Parteien machen sich völlig lächerlich, wenn sie behaupten, dass es kein Problem ist, mit unserer Arbeits- und Lebensweise so weiterzufahren wie bis anhin. Und es ist einfach nur noch peinlich, wenn die langjährige rot-grüne

Klimapolitik als Ideologie und Verbotspolitik verunglimpft wird, wie dies FDP-Präsidentin Petra Gössi in verschiedenen Interviews getan hat. Der Umweltbericht des Kantons Zürich hält mit vielen Zahlen fest, dass der Kanton Zürich bezüglich seiner Umweltziele nicht auf Kurs ist. In seinem Resümee illustriert der Bericht den Stand der Zielerreichung mit den Farben Rot, Orange, Gelb und Grün. Die Farben Rot und Orange dominieren. Im Klartext heisst das: Der Kanton Zürich ist überhaupt nicht auf Kurs. Dieser Befund des Umweltberichts kontrastiert mit den Antworten auf die beiden dringlichen Postulate. Das Geschwurbel des Regierungsrates ist schon fast unerträglich. Statt mit Blabla hätte der Regierungsrat mit einer Liste von Sofortmassnahmen antworten können, das ist Politik. Angebracht wäre eine Liste mit konkreten Massnahmen, die zeigen, wie die Treibhausgasemissionen ab sofort nachhaltig und massiv gesenkt werden könnten. Der Regierungsrat muss dabei das Rad nicht neu erfinden. Im Umweltbericht gibt es einige Pisten, die er verfolgen könnte, um die Treibhausgasemissionen im Kanton Zürich nachhaltig zu senken oder gar zu stoppen. Studien zeigen, dass der Güter- und Personenverkehr zu den grössten Treibhausgasemissionstreibern gehört. In diesem Bereich hat es der Kanton komplett in der Hand, steuernd einzugreifen. Mit einer umweltgerechten Verkehrspolitik könnte er viel erreichen. Nur muss er das wollen und auch den Mut dazu haben.

Die Alternative Liste wird die beiden Postulate unterstützen.

Thomas Lamprecht (EDU, Bassersdorf): Wir als EDU tragen diese Klimahysterie nicht mit. Ressourcen schonen beginnt im Haushalt. Wer etwas zum Klimaschutz beitragen möchte, achtet darauf, Energie einzusparen, den Fleischkonsum zu mässigen, die Dusche nur einmal am Tag zu nutzen und die langen Flugreisen zu überdenken, und so weiter. Jeder Einzelne kann also etwas tun. Vor allem die Jugend kann auch etwas tun. Wenn die Klima-Jugend auf die Strasse geht, so glaube ich, dass einige von diesen es ernst meinen und vorleben. Dies ist meine Hoffnung und Erwartung, dass diese Klima-Jugend die Gleichaltrigen sensibilisieren kann. Unsere Jugend setzt pro Jahr 400 Millionen Franken schweizweit für ihre Bedürfnisse um, längst nicht immer klimaschonend. Da wünscht sich die EDU mehr Eigenverantwortung. Wir brauchen keine Demos gegen die Politik, sondern persönliches Handeln, und auch keine Indoktrinierung, sondern den Willen zum Energiesparen.

Fakten zur Klimadebatte aus Sicht der EDU: Kaum ein anderes Land hat im Klimaschutz und CO₂-Ausstoss derart hohe Ziele formuliert wie die Schweiz. Zudem wird nicht hinterfragt, was die angepeilte Reduktion des schweizerischen Ausstosses von Treibhausgasen dem weltweiten Klima bringt. Denn die Klimaerwärmung ist ein globales Phänomen. Die Schweiz trägt rund 1 Promille zum gegenwärtigen globalen Ausstoss von Treibhausgasen bei. Zudem spielt auch das Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses. Das heisst, jede weitere kleine Ersparnis ist nur mit überdurchschnittlich hohen und stets steigenden Kosten zu haben. Die leicht erreichbaren und günstigen Ersparnisse sind in der Schweiz realisiert, weitere Ersparnisse sind sehr teuer, ja, sind dort ein ökonomischer Unsinn. Diesen ökonomischen Unsinn trägt die EDU nicht mit.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): «Wir haben das Geld, wir haben das Wissen, wir haben den Willen, um den Kanton voranzubringen», so sprach Michel Müller (*Kirchenratspräsident der Evangelisch-reformierten Landeskirche*) letzte Woche (*anlässlich der Legislatureröffnungsfeier*) im Grossmünster. Ich habe gelernt, dass Frühaufstehen sich lohnt und ab und an in die Kirche zu gehen sich ebenfalls lohnt. Wir haben das Geld, wir haben das Wissen, wir haben den Willen.

Den Willen haben leider nicht alle Leute hier drin. Den Willen, wirklich voranzugehen, wirklich ein hohes Ziel anzupeilen, diesen Willen haben leider nicht alle Leute in diesem Saal. Ich weiss, dass die angesetzten Ziele in diesen zwei Postulaten hoch sind. Sie, meine Damen und Herren, würden aber jubeln, wenn es um Wirtschaftsziele ginge, die so hoch angesetzt sind, die Sie gerne erreichen würden.

Das letzte Mal habe ich beim Einreichen dieses Postulates über uns alte Säcke geschimpft, ich versuche es heute ein bisschen versöhnlicher. Ich versuche zusammenzufassen, was auch gesagt wurde, und versuche hier auch ein bisschen das Positive herauszunehmen, insbesondere auch, was der Regierungsrat geschrieben hat. Der Regierungsrat hat geschrieben, ich zitiere: «Der Regierungsrat ist sich der Bedeutung der Stabilisierung des Klimas bewusst.» Herr Lucek hat gesagt, das höre ich zum ersten Mal in dieser Deutlichkeit von der SVP: «Ja, das Klima erwärmt sich.» Er hat weiter gesagt: «Wir alle in diesem Saal wollen die Umwelt schützen.» Ich danke Herrn Lucek für diese Aussagen. Herr Müller von der FDP hat dann erwähnt, sie würden konkrete Vorstösse unterstützen. Auch Herr Lamprecht forderte dazu auf, dass nun endlich

gehandelt werden müsse. Herr Zeroual hat zwar von Aktivismus gesprochen, hat aber auch gefunden, dass nun etwas gehen sollte. Sie sehen also, wir sind uns hier zumindest auf kleinem Niveau einig: Wir können das Klima nicht mehr weiter so sein lassen wie es ist. Sie ist menschengemacht, die Klimaerwärmung, wir müssen etwas machen. Auch wenn Herr Müller findet, die Politiker seien keine Menschen: Wir sind aufgefordert, etwas zu tun. Wir haben hier also einen Steilpass, den wir aufnehmen müssen. Wir müssen diesen Steilpass konkret aufnehmen, nicht nur über diese zwei Postulate, darin sind wir uns alle einig. Es gibt noch Vorlagen aus dem Jahr 2007, die unbehandelt irgendwo in den Schubladen unseres Kantonsrates liegen. Diese Vorlagen müssen wir nun dringend aufnehmen und ihnen auch wirklich zum Durchbruch verhelfen.

Wir haben das Geld, wir haben das Wissen – und den Willen, den sollten wir nun endlich zeigen.

Orlando Wyss (SVP, Dübendorf): Der Klimawandel ist eine Konstante in der Erdgeschichte. Es hat ihn vor Millionen Jahren schon gegeben und es wird ihn in Millionen Jahren immer noch geben. Dass im jetzigen Zeitpunkt eine Klimaerwärmung stattfindet, ist ebenso unbestritten. Es geht in dieser Thematik einzig darum, ob diese vom Menschen beeinflussbar ist. Hier gehen die Meinungen – auch der Wissenschaftler – diametral auseinander. Bei unserer Klimapolitik sind wir auf gutem Weg. Wie der Energieplanungsbericht des Regierungsrates aufzeigt, sind die Fortschritte vor allem im Gebäudebereich überzeugend. Aber auch in anderen Bereichen, zum Beispiel im Fahrzeugbau, welchen wir in unserem Land nicht beeinflussen können, sind sie frappant. Dies ist vor allem der Wirtschaft und unseren innovativen Firmen zu verdanken. Wenn nun die links-grüne Seite mit absolut unrealistischen Forderungen wie der CO₂-Nettoemissionssenkung auf null bis 2030 kommt, ist dies nur absurd. Wir müssen festhalten, dass wir den CO₂-Ausstoss pro Kopf zwischen 1990 und 2014 von circa 7 Tonnen auf 4,5 Tonnen gesenkt haben. Wenn wir hier die USA mit 17 Tonnen und China mit 7,3 Tonnen als Vergleich nehmen, sieht man, wie absurd die links-grüne Forderung ist. Doch wir wissen ja, dass es den links-grünen Politikern nicht ums Klima geht, sondern sie wollen eine Systemveränderung bewirken. Denn unsere CO₂-Bilanz ist im Vergleich zum Ausland so gut, weil wir eine saubere Stromversorgung haben. Über 90 Prozent der Stromerzeugung geschieht über Wasser und nukleare Energie. Das ist auch zentral für unsere Versorgungssicherheit, die jetzt noch gegeben

ist, aber in Zukunft mit der Energiestrategie 2050 gefährdet ist. Die Linkspopulisten der deutschsprachigen Länder setzten nach der Tsunami-Katastrophe von Fukushima ein Erweiterungsverbot der Kernenergie durch. Überall sonst auf der Welt wird auf Atomstrom gesetzt, auch in Japan. 2018 waren weltweit 447 Kernkraftwerke in 31 Ländern in Betrieb, alle von der sogenannten zweiten Generation. Jetzt sind 58 Reaktoren der dritten Generation im Bau, welche viel sicherer sind als die aktuellen Kernkraftwerke. Wenn wir in circa 20 Jahren die vierte Generation der AKW mit der Fissionstechnik (*kontrollierte Kernspaltung*) in Betrieb kommt, sind wir in unserem Land mit unserem Technologieverbot wirtschaftlich im Abseits. In diesem Zusammenhang ist die sogenannte Mitgliederbefragung der FDP interessant, welche deren Parteileitung in ihrer Orientierungslosigkeit angeordnet hat. Zwar haben lediglich 5 Prozent der Befragten zu konkreten Fragen Stellung genommen, doch zwei Drittel davon haben den Bau von neuen Kernkraftwerken befürwortet. Das hat die Presse auf dem falschen Fuss erwischt, hätte doch die Schlagzeile dementsprechend heissen müssen: «Die FDP will neue Kernkraftwerke.» Doch stattdessen titelte man: «Die FDP will grüner werden.»

Dafür, dass der CO₂-Gehalt in der Luft zunimmt, ist die Vermehrung der Erdbevölkerung verantwortlich. Als ich geboren wurde, zählte die Weltbevölkerung circa 2,5 Milliarden Menschen, heute sind es 7,5 Milliarden. Dass dies sich auf die CO₂-Bilanz unserer Welt nicht positiv auswirkt, ist offensichtlich. Doch dies blendet die links-grüne Seite aus. Wenn man konkret in unserem Land und unserem Kanton etwas für die Umwelt und die Biodiversität machen will, sollte man unbedingt die Zuwanderung beschränken. In den letzten zehn Jahren sind über 800'000 Menschen netto in unser Land eingewandert. Sie alle brauchen Wohnraum, Energie und Nahrungsmittel und beanspruchen in hohem Mass unsere Infrastruktur. 43'000 Fussballfelder Natur wurden zusätzlich zubetoniert. Sie brauchen 6 Millionen Kilowattstunden zusätzlichen Strom pro Jahr, was die Leistung von 2000 Windanlagen oder zwei Atomkraftwerk bedeutet. Auch sind diese Leute mobil. Sie fahren rund 9 Milliarden Kilometer pro Jahr auf unseren Strassen. Auch brauchen sie pro Jahr circa 46 Milliarden Liter Wasser. Wer die Zuwanderung in unser Land fördert, aber gleichzeitig die Schäden unserer Umwelt anprangert, macht verlogene Politik. Das muss man den Leuten auch klar aufzeigen, wenn die Klimapanik von diesen Kreisen aus wahl-taktischen Gründen bewirtschaftet wird.

Aus all diesen Gründen empfehlen wir, die beiden Wahlkampfpostulate der Links-Grünen zur Ablehnung.

Nicola Sigrist (SP, Zürich): Letzten Dezember 2018 nahm die Jugend das Steuer selbst in die Hand. Wir sind diejenige Generation, welche mit dem Wissen aufgewachsen ist, dass der Klimawandel existiert. Wir sind diejenige Generation, welche in der Schule lernte, wie der Treibhauseffekt funktioniert. Wir sind aber auch diejenige Generation, welche langsam, aber sicher merkt, dass unsere Zukunft in diesen Ratssälen von gewissen Parteien ignoriert wird. Während in den Kolumnen der Tageszeitungen darüber gewettert wurde, dass die jüngste Generation politisch nicht mehr interessiert sei, begann sich plötzlich eine Bewegung zu formieren, wie sie die Schweiz in den letzten 30 Jahren nicht mehr gesehen hat. Und kaum nahmen die jungen Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand, wurden sie zusammengestaucht. Wieso sie denn nicht an einem Samstag demonstrieren könnten, tönte es überall. Und in diesem Ratssaal verstand sich vor einigen Wochen sogar jemand als menschliches Sprachrohr der «Weltwoche»: Es seien ja alles Kindersoldaten. Ein Wunder, erklang dieser Vorwurf nicht auch diese Woche. Es hiess, sie seien jung und naiv, sie würden die Welt ja sowieso nicht verstehen. Nach Ihren Voten, unter anderem auch von Herrn Wyss, frage ich mich nun aber ernsthaft, wer denn hier naiv ist.

Dies (*der Votant hält eine Broschüre in die Luft*) ist der Special Report des Intergovernmental Panel on Climate Change, des IPCC, als Empfehlung zuhanden der politischen Akteurinnen und Akteure, erschienen im Oktober 2018. Ich empfehle allen Gegnerinnen und Gegnern dieser Postulate und der Klimavorstösse der letzten Jahre, diesen Bericht einmal durchzublättern. Keine Angst, es sind nur gut 30 Seiten, das sollten alle schaffen. Die Gruppe von internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, unter anderem auch mit dem renommierten Klimaforscher Professor Andrea Fischlin, welcher an der ETH arbeitet, hat die Konsequenzen einer Erderwärmung um 1,5 Grad Celsius gegenüber vorindustrieller Zeit untersucht. Und sie kommen in ihren Empfehlungen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu einem klaren Schluss: Der Teilsatz «Es sollten Anstrengungen unternommen werden, um die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen» ist mehr als eine Floskel. Sich nicht mit dem 2-Grad-Ziel zu begnügen, sei – Zitat – «in jeder Hinsicht stark empfehlenswert».

An dieser Empfehlung des IPCC-Berichts orientiert sich die streikende Jugend denn auch, wenn sie netto null bis 2030 fordert. Diese Zahl ist nicht aus der Luft gegriffen, sondern lässt sich einfach herleiten. Um die Erderwärmung mit einer Wahrscheinlichkeit von 67 Prozent auf un-

ter 1,5 Grad Celsius zu halten, darf die Menschheit gemäss neusten Erkenntnissen ab 2018 nur noch rund 320 Gigatonnen CO₂ austosses. Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten, diese 320 Gigatonnen auf die Menschheit zu verteilen. Wir im globalen Norden haben den Klimawandel zu einem grossen Teil verursacht. Diejenigen Länder, welche unseren Wohlstand erst noch zu erreichen versuchen, leiden unter unseren vergangenen Handlungen. Es wäre eigentlich nur fair, hätten wir proportional weniger dieses Budgets zur Verfügung. Aber nein, ich rechne einmal nur nach Zahlen: Teilen wir die Emissionen einfach proportional auf die Bevölkerung auf, so stehen der Schweiz theoretisch noch 320 Megatonnen CO₂-Emissionen zur Verfügung. Laut den Berechnungen des Professors für erneuerbare Energien an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Jürg Rohrer, läuft das nun wie folgt: Reduziert man den Schweizer CO₂-Ausstoss ab 2020 von Jahr zu Jahr gleichmässig, so ist das vorhin erwähnte Budget von 320 Megatonnen für das 1,5-Grad-Ziel im Jahr 2030 aufgebraucht. Dies bedeutet etwas ganz Einfaches: Jede Megatonne, welche wir zusätzlich zu diesen 320 Megatonnen austossen, emittieren wir auf Kosten der restlichen Teile dieser Welt. Wir leben auf Kosten anderer.

Aber der Regierungsrat scheint sich dieser Problematik ja bewusst zu sein, wie er in den Antworten zu den Postulaten schreibt. Man unternehme einiges, um die Klimakrise auch im Kanton Zürich anzugehen. Dafür hat man seit dem Herbst den Massnahmenplan zur Verminderung der Treibhausgasemissionen. Zudem will man das kantonale CO₂-Ziel überprüfen, sobald die nationale Behandlung des neuen CO₂-Gesetzes abgeschlossen ist, ein kantonales Gesetz notabene aus dem Jahr 1983, welches von einem CO₂-Ausstoss von 2,2 Tonnen pro Kopf und Jahr ausgeht. Gut, summieren wir die 60 erwähnten neuen Massnahmen dieses Massnahmenplans zusammen, dann werden wir unsere Emissionen ja wohl um eine relevante Zahl verringern können. Nein, nach Plan werden diese Massnahmen zu Reduktionen von 7 bis 8 Prozent führen. Ich zitiere den Regierungsrat: «Der Kanton ist sich der Bedeutung der Stabilisierung des Klimas bewusst.»

Dann zur Überprüfung des CO₂-Ziels: Wie Sie wissen, wird das nationale CO₂-Gesetz frühestens im Jahr 2020 neu verabschiedet werden können. In den letzten zehn Jahren sind die jährlichen CO₂-Emissionen in der Schweiz um etwa 5 Megatonnen gesunken. In den nächsten zehn Jahren müssen diese Emissionen um insgesamt 45 Megatonnen abnehmen. Das bedeutet eine neun Mal stärkere Abnahme als bisher. Wenn

es die Bundesversammlung nicht schafft, diese Krise schneller anzupacken, dann braucht es die Kantone, und dafür ist die Antwort des Regierungsrates zu mutlos. ...*(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Ratspräsident Dieter Kläy: Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Ulrich Pfister (SVP, Egg): Der geforderte Klimanotstand und die damit eingebrachten Forderungen stehen in einem klaren Widerspruch, welcher mögliche Einfluss durch uns angesichts der Grösse der Schweiz oder gar des Kantons Zürich auf das Weltklima bewirkt werden könnte. Unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft sind auf eine ausreichende Mobilität angewiesen. Eine funktionierende Mobilität ist der Grundstein für unseren Wohlstand. Dank diesem Wohlstand können wir es uns überhaupt erlauben, solche Diskussionen wie heute hier zu führen.

Mit einer CO₂-Abgabe wird ein moderner Ablasshandel eingeführt. Es ist möglich, dass durch den Kauf von Zertifikaten oder die Unterstützung von konkreten Projekten im Ausland eine grössere Wirkung in Bezug auf die CO₂-Senkung erzielt werden kann als bei den möglichen Massnahmen in der Schweiz. Ich bin aber skeptisch, ob dies im grossen Rahmen auch sinnvoll umgesetzt werden kann. Ich befürchte, dass wie in der Entwicklungshilfe ein grosser Teil der eingesetzten Mittel in irgendwelchen Taschen verschwindet oder aber für die ganze Verwaltung aufgebraucht wird. So wird schlussendlich auch beim CO₂-Ablasshandel nur noch ein kleiner Teil der Abgaben für effektive Projekte verwendet. Die Angst vor dem Versickern der Abgaben in falsche Taschen ist in der Schweiz nicht ganz so gross wie beim Einsatz im Ausland. Aber es braucht wieder eine Umverteilungsverwaltung. Diejenigen Bürger, die in den Städten leben, trifft es mit Abgaben nicht so stark, sie haben alle 300 Meter eine Haltestelle des ÖV und können auf das Auto verzichten. Sehr viele Leute in der Agglomeration haben nicht das Privileg, ein so dichtes Netz des ÖV zur Verfügung zu haben. Die Personen, welche zu Unzeiten an die Arbeit müssen, können nicht wählen und sind auf eine individuelle Transportmöglichkeit angewiesen.

Es kann nun ins Feld geführt werden, dass auf ein Fahrzeug mit Elektroantrieb umgestellt werden könnte. Diese Fahrzeuge werden vermutlich von Abgaben verschont bleiben. Hier ist wieder der Otto Normalbürger gestraft. Die Mehrheit wird es sich nicht leisten können, auf ein neues Fahrzeug zu wechseln. Es stellt sich hier die grundsätzliche Frage, wie die über alles gerechnete Umweltbilanz eines normalen Personenwagens gegenüber einem E-Mobil ist. Die Produktion und das

Aufladen mit deutschem Kohlestrom sind bekanntlich nicht ganz CO₂-neutral. Das Gewerbe schafft sich Fahrzeuge an und rechnet mit einer gewissen Einsatzdauer. Die Gewerbler können nicht einfach die Fahrzeugflotte ersetzen. Die Abgaben müssen auf die Produkte aufgeschlagen werden. Den Bürger in der tiefsten sozialen Schicht trifft es hier wieder am härtesten. Die ÖV-Feinerschliessung auf dem Land für den Anschluss an die S-Bahn-Station wird zu 90 Prozent mit Dieselmussen erbracht. Konsequenterweise müssen auch diese Fahrzeuge mit Abgaben belastet werden, was wiederum zur Verteuerung des ÖV führt. Wen trifft dies? Genau wieder den kleinen Bürger.

Ich bin Vater von vier Kindern und Grossvater von zwei Enkelkindern. Ich setze mich dafür ein, dass ich Kindern und Grosskindern eine intakte Welt hinterlasse. Ich wehre mich aber dagegen, dass unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unsere Schweiz an die Wand gefahren werden, ohne dass wir nur im Entferntesten etwas verändern können. Ich stelle mich nicht gegen Umweltschutz. Ich befürworte sinnvolle und verhältnismässige Massnahmen, welche unserer Umwelt zugutekommen.

Wie schon erwähnt, auf der Homepage der Baudirektion finden Sie Broschüren zum Klimawandel im Kanton Zürich. In diesen Broschüren ist aufgelistet, was und in welcher Zeitspanne in Bezug auf die Senkung des Ausstosses der Treibhausgase getan werden muss und wird. Nicht alle Massnahmen erachte ich als sinnvoll, aber die Postulate sind damit schon erfüllt. Diese Broschüren wurden im September 2018, also während der Amtszeit unseres SVP-Baudirektors Markus Kägi erstellt. Sie sehen, wir sind auch grün und setzen uns für unsere Umwelt ein, aber eben ohne Notrecht, Zwang und Verbote.

Für die in den Postulaten geforderten Massnahmen brauchen wir keinen Notstand. Ich bitte Sie, diese Postulate abzulehnen, wieder zur Tagesordnung überzugehen und gemeinsam mit sinnvollen Projekten unseren Kanton auch in Umweltfragen zu entwickeln.

Konrad Langhart (SVP, Stammheim): Ja, nochmals: Das Klima ändert sich und der Mensch ist höchstwahrscheinlich mitverantwortlich. Ja, wir müssen mit den Ressourcen nachhaltiger und verantwortungsvoller umgehen, keine Frage. Nein, den Klimanotstand müssen wir deswegen nicht ausrufen, damit machen wir lediglich Symbolpolitik und lösen kein einziges Problem. Ein Weinländer Bauer, der letztes Jahr nach einem Sommer ohne Regen zwar eine tolle Traubenernte eingefahren hat,

aber auch nächte- und wochenlang mit Bewässerungsanlagen beschäftigt gewesen ist und dann im Winter Unmengen Futter zugekauft hat, obwohl er eigentlich Selbstversorger ist, dieser Bauer weiss auch ohne Studien aller Art, dass nicht nur das Wetter Kapriolen macht, sondern er beobachtet seit Jahren und Jahrzehnten einen allgemeinen Trend: Die Winter werden milder, die Vegetation setzt früher ein und ist dann regelmässiger dem Spätfrost ausgesetzt. Die Sommer werden heisser, die Stürme heftiger.

Was ist zu tun? Wir passen uns einerseits der Klimaveränderung mit geeigneten Massnahmen an. Für den Bauern heisst das beispielsweise: trockenheitstolerante Kartoffelsorten, frühere Saat, um die Winterfeuchtigkeit zu nutzen, Bewässerung optimieren, Viehbestand reduzieren oder mehr Tiere auf die Alpweide geben und so weiter. Nicht nur in der Landwirtschaft, in vielen anderen Bereichen ist man da nicht untätig geblieben. Andererseits müssen wir natürlich in Zukunft auch nachhaltig mit unseren Ressourcen umgehen. Im Zusammenhang mit dem Klima betrifft das besonders die Energie. Das hat spätestens mittelfristig auch einen positiven wirtschaftlichen Effekt. Im Fall des Weinländer Bauern heisst das dann, dass jede Tankfüllung Diesel, die durch optimierte Produktionsabläufe eingespart werden kann, gut für das Einkommen ist. Naheliegenderweise habe ich jetzt ein Beispiel aus meiner Branche genommen, und wir leisten ja auch schon einiges. Arbeiten müssen wir aber besonders im Gebäude- und Verkehrsbereich. Gefragt sind jetzt aber sinnvolle Massnahmen, Massnahmen, die nicht auf einer Verbots- und Zwangspolitik beruhen, Massnahmen, die auch wirtschaftlich Sinn machen und nicht auf dem Buckel des Mittelstands durchgeführt werden, Massnahmen, die von der Bevölkerung akzeptiert und mitgetragen werden und ihr einen Nutzen bringen.

Auch der Kanton Zürich ist ja in den letzten Jahren unter der Federführung der Baudirektion nicht untätig geblieben, im Gegenteil: Der Kanton steht in Sachen Klimapolitik schweizweit gut da. Und das nicht erst seit der Einsetzung des neuen Baudirektors vor einer Woche. Es gibt Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgasemissionen und Pläne zur Anpassung an den Klimawandel. Die Postulanten rennen mit ihren Forderungen eigentlich offene Türen ein. Es werden bereits solche Massnahmen umgesetzt oder sie sind in konkreter Planung. Herr Regierungsrat Neukom, führen Sie mit der Regierung die unaufgeregte und sachliche Klimapolitik von Regierungsrat Kägi weiter – mit der Bevölkerung, mit den KMU, dem Gewerbe und den Bauern, zum Nutzen der Zürcherinnen und Zürcher. Nur so machen wir mit und nur eine

solche Politik führt zum Ziel. Die Ausrufung eines nicht näher definierten Klimanotstands, natürlich im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen, hilft uns allen im Kanton nicht weiter.

Meret Schneider (Grüne, Uster): Ich möchte darauf hinweisen, dass im Vorfeld vermehrt immer wieder Konjunktive benutzt wurden, gerade von der bürgerlichen Seite. Konjunktive sind Möglichkeitsformen. Im Zusammenhang mit der «Menschengemachtheit» des Klimawandels haben sie nichts verloren. Ich empfehle hierzu sehr gern den Artikel «Wie weist man den menschengemachten Klimawandel nach?», man findet ihn auf der Startseite der ETH, und ich bitte jene Exponentinnen und Exponenten, die zuvor betont haben «in der wissenschaftlichen Meinung gehen die Wissenschaftler diametral auseinander», hierzu ebenfalls ein paar Wissenschaftler zu zitieren. Das wäre spannend zu wissen.

Was mich hingegen sehr positiv stimmt, sind die engagierte Debatte und die engagierten Voten von FDP- und SVP-Seite. Wenn die Bürgerlichen in diesem Sinne so engagiert handeln werden, wie sie sich jetzt zu Wort melden und reden, dann wären wir schon wesentlich weiter und dann stimmt mich das sehr zuversichtlich für die Bekämpfung des Klimawandels in diesem Rat.

Auch möchte ich in diesem Sinne die FDP in ihrem eigenen Wahlkampf zitieren, mit den markigen Worten: «Liefere, nöd lafere» Damals glänzte die FDP mit den markigen Worten «Liefere, nöd lafere» auf den Plakaten, und ich hoffe, dass Sie nun mit entsprechenden Taten ebenfalls im Parlament so glänzen werden. Ich freue mich auf jeden Fall auf entsprechende Vorstösse und Anliegen zur Bekämpfung des Klimawandels von Ihrer Seite.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Es geht doch heute nicht um den Klimaschutz, sondern einzig und allein um den Klima-«Stutz». Wenn man mir vor einem Jahr gesagt hätte, dass ich im Frühjahr 2019 in einem Klimanotstandsgebiet leben würde, hätte ich es nicht geglaubt. Dabei sind die Zeichen offensichtlich: Seit Monaten haben wir tagsüber Temperaturen von über 35 Grad. Forscher warnen uns, dass der Zürichsee austrocknen könnte. Gymischüler krakeelen in höchster Not «Klima! Klima!» und schwänzen in ihrer Verzweiflung die Schule. Leider war es den an Lehrstellen arbeitenden jungen Leuten nicht möglich, ihre Sorgen um das Klima zu artikulieren, weil sie nicht einfach am Arbeitsplatz davonlaufen konnten. Wohlgescheite Professoren mahnen

uns zur Umkehr, dass es mit dem Klima und überhaupt so nicht mehr weitergehen kann wie bisher.

Neu ist das alles nicht. Am 4. Februar 1985 traf sich in einem Klima von grösster Hysterie das Schweizer Parlament auf Veranlassung der Sozialisten, die damals 52 Sitze im Nationalrat hatten, zu einer Sondersession Waldsterben in Bern. Der Wald hatte in Deutschland schwere Schäden erlitten, vorab in den Braunkohleabbaugebieten der ehemaligen realsozialistischen deutschen Ostzone. Da die Schweiz Europa-meister im Nachäffen der deutschen Politik ist, musste selbstverständlich auch bei uns ein Waldsterben erfunden werden, um Millionen und Abermillionen für den Wald zu verpulvern, wie auch für den öffentlichen Verkehr, der als Heilmittel gegen die klar daran schuldige Automobilität gefördert werden musste. Heute wissen wir: Das Waldsterben war eine Jahrhundertlüge. Nichts, aber auch gar nichts hat gestimmt. Die Wissenschaft malte uns Schreckensszenarien an die Wand: Das Antlitz der Schweiz werde sich für immer verändern, wurde gelogen. Beton statt Bannwälder. Nichts ist eingetroffen, ausser dass wir immer noch Tempo 80/120 fahren zur Rettung des Waldes. Dann öffneten wir die deutsche Zuwanderungspolitik nach, mit welcher der Flüchtlingsbegriff untergraben und verhöhnt wurde, ja sogar pervertiert wird. Und nun stehen wir vor dem Klimaabgrund. Wissenschaftler warnen mit ernstesten Worten sogar im Staatsfernsehen. Allerdings verdrängen sie, dass es 1978 Stand der Wissenschaft war, vor einer neuen Eiszeit in zehn Jahren zu warnen. Diese wissenschaftliche Aussage ist jedoch bis heute nicht eingetroffen, dafür feiern wir zurzeit den überhitzten Planeten.

Ob der wichtigstuerische Kleinstaat Schweiz Millionen und Abermillionen Steuergelder verludert, wird am Weltklima nichts ändern. Der CO₂-Anteil der Schweiz, gemäss Wissenschaft Alleinverursacher der sogenannten Klimaerhitzung, beträgt 0,1 Prozent und ist je nach Quelle ein Bruchteil mehr oder weniger. Die Milliardenvölker China und Indien sehen nicht vor, in grossem Stile Klimaschutz zu betreiben, ebenso wenig etwa Indonesien, wo demnächst wieder einmal gigantische Vulkane explodieren, so wie in Island, Montserrat oder auf den Philippinen, in Afrika oder auf dem amerikanischen Kontinent.

Wie schon gesagt: Es geht doch hier und heute nicht um den Klimaschutz, sondern einzig und allein um den Klima-«Stutz». Es geht um die Töpfe, in welche die Millionen zulasten des Steuerzahlers fliessen sollen, vor allem aber darum, wer den Zugriff hat, um mit nutzlosen Studien zum Klima zuzudecken und neue, völlig unnütze Staatsstellen

zu schaffen, die bleiben, wenn längst niemand mehr vom Klimanotstand sprechen wird. Es geht darum, die Bevölkerung mit neuen Einschränkungen und neuen Abgaben zu belasten, wie es schon bei der Jahrhundertlüge «Waldsterben» der Fall war. Ich finde es penibel, wenn ein Parlament eine solche Show, wie heute veranstaltet, die ausser Kosten absolut nichts bringen wird.

Deshalb wünsche ich Ihnen einen kühlen Tag im Innern wie auch ausserhalb dieses Rathauses und einen noch cooleren Verstand. Lehnen Sie diese beiden unnützen Postulate ab. Ich danke Ihnen.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Die Grünliberalen gelten sonst als intellektuelle Partei. Die Klimademonstranten heute Morgen haben links und rechts ihrer Gruppe zwei Einheizer mit Megafonen gebraucht und blind dazu skandiert. Sie sind gehüpft und haben getanzt, und links und rechts wurde gerufen, was sie glauben sollten. Ein Mädchen mit Asperger-Syndrom (*gemeint ist Greta Thunberg, schwedische Klimaaktivistin*) würde in der Schweiz besser betreut und in die Schule integriert. In Schweden gelingt es ihrem Umfeld, die Absenz als Klimastreik zu verkaufen, worauf die halbe Welt, auch unsere Jugendlichen, blind eine Behinderung instrumentalisieren, eine Behinderung, die in manchen Dingen klar sehr klug macht, in anderen Dingen aber eben auch zu einem engen Blickwinkel führt. Auch die Postulate, die die Grünliberalen gemacht haben, sind nichts anderes als die Folge der Instrumentalisierung, einer Behinderung, die weltweit in einer Kampagne aufging, die bei Al Gore (*ehemaliger US-Vizepräsident und Friedensnobelpreisträger*) in einem Präsidentschaftswahlkampf der USA begonnen hat, mit einem Film (*Eine unbequeme Wahrheit*), der heute zum grossen Teil widerlegt ist, der Fehler enthielt.

An die Jugendlichen: Wenn Sie unsere Welt – ja, auch Sie (*angesprochen sind die Klimaaktivisten auf der Tribüne*), sehen Sie, Sie machen diese «Verzuckungen» und so, tätä tätä, das ist nicht klug, das ist auch einzigartig in diesem Saal –, wenn Sie später die Welt wirklich voranbringen wollen, dann gehen Sie in die Schule. Lernen Sie dort nicht nur unsere Gesellschaft zu hinterfragen, sondern auch Ihre Informationen, zum Beispiel den Pariser Klimagipfel. Ja, es stimmt, 97 Prozent der Wissenschaftler – seit 2012 kursiert diese Zahl von 97 Prozent in den Medien –, 97 Prozent der Wissenschaftler sagen «Es gibt den Klimawandel und der Klimawandel hat menschliche Ursachen». Und das bestreitet auch überhaupt niemand. Wenn es aber darum geht – der Klimawandel hat auch menschliche Ursachen –, wenn es nun aber darum

geht, zu quantifizieren, wie viel davon das CO₂ ausmacht, wie viel das Methan ausmacht, welcher Anteil von Sümpfen, die offengelegt werden, welcher Anteil von grösseren Wasserflächen, welcher Anteil von Wasserdampf, welcher Anteil vom Fleischkonsum kommt, dann sind sich die Wissenschaftler überhaupt nicht einig. Und wer hier mit klaren Prozentzahlen kommt, wie Herr Sigrist das gemacht hat, der vertritt Dinge, die er oder sie nicht weiss. Wir müssen dazu eine wissenschaftliche Debatte führen. Aber wir führen hier keine wissenschaftliche Debatte, wir führen hier drin eine politische Debatte, und diese Debatte haben Sie angezettelt. Ich stehe bereit für eine wissenschaftliche Debatte (*Heiterkeit*), denn in der wissenschaftlichen Debatte kommt man immer an die Grenze der Modelle, da kommt man immer zu mehr Fragen und da kommt man dazu, dass man sagen muss «Das müssen wir noch erforschen, wir sind uns einig bis dahin», und dann gehen wir in der Wissenschaft weiter. Aber es gibt keine Wahrheit hier drin. Und wenn Frau Schlatter aufsteht und behauptet, eine demokratische Mehrheit hier drin könne gewisse Aussagen zur Wahrheit erheben, dann steht dahinter auch ein ganz bedenkliches gesellschaftliches Bild, wenn man Wahrheiten mit Demokratie, mit Mehrheiten macht, und das wollen Sie hier mit diesem Notstand. Sie möchten, dass das Parlament den Notstand will, dass man sich einig ist, dass man erzählen kann, wir hätten den Notstand. Ob ein Notstand da ist oder nicht, hängt nicht von einem Entscheid hier ab, sondern vom Zustand der Umwelt. Und über diesen Zustand gibt es eine Debatte. Und dieser können Sie hier drin nicht einfach ausweichen, sondern dafür müssen Sie in die Schule gehen, lernen, die Zusammenhänge besser verstehen und auch dort, wo Sie an Grenzen stossen, weiterforschen.

So, ich bin etwas abgewichen von meinem Manuskript hier (*Heiterkeit*), aber das Wichtigste habe ich gesagt. Es ist nicht in Ordnung, wie das hier drin ideologisch abgeht. Wenn wir die Welt weiterbringen wollen, dann müssen Sie das Brett vor dem Kopf wegnehmen. Wir müssen schauen, wie es wirklich ist, und gemeinsam auf dieser Basis handeln. Sie haben aufgrund gleicher Ideologien zum Beispiel die falsche Massnahme des Atomausstiegs beschlossen, heute nachweislich klimaschädigend, was damals die Schweiz gemacht hat, weil Ihnen die Wissenschaft dazu fehlte, aus Angst nach Fukushima (*Reaktorunfall in Fukushima*). Und Sie sind heute auf einer ähnlich hohen gesellschaftlichen Welle. Statt zu überlegen, statt zu lernen, statt zu forschen, betreiben Sie Politik und vermischen Politik und Wissenschaft. Das sollten Sie nicht.

Alex Gantner (FDP, Maur): Gerne mache ich eine Replik auf das Votum von Markus Bärtschiger von den Sozialdemokraten: Er sprach über Geld, Wissen und den Willen. Zum Wissen: Ich glaube, da sind wir uns einig, wir haben das Wissen, ein kollektives Wissen, und das zeigt, wie wichtig es ist, in die Forschung, in die Entwicklung ständig zu investieren, gerade hier im Kanton Zürich, gerade hier in der Schweiz, um diesen Bereich weiter zu fördern, in verschiedensten Bereichen, auch in steuerlicher Hinsicht. Da sind wir nicht auf der gleichen Ebene, wenn wir an die Debatte über die Steuervorlage 17 denken. Wir sind ein Wissens- und Bildungskanton, eine Hochburg, und das ist sicher eine ausgezeichnete Ausgangslage, um diese grosse Herausforderung anzugehen.

Beim Willen, geschätzter Kollege Markus Bärtschiger, da bin ich etwas anderer Meinung. Ich habe zugehört, vor allem bei den ersten Fraktionsvoten von SVP, auch von meinem Kollegen von nebenan, von der CVP und von der FDP. Ich glaube, wir alle haben den Willen, diese Herausforderung anzugehen. Der Wille ist also da. Es geht aber um den Weg einerseits und um den Stil, dorthin zu kommen. Beim Weg gibt es grosse Differenzen, da gibt es die Doktrin der Zwänge, der Verbote, der Gebote, der weiteren Regulierungen. Es gibt aber auch andere Wege, wo eben vor allem die Eigenverantwortung zuoberst steht. Es gibt den Weg, wo auch die Märkte, die ökonomischen Märkte eine entscheidende Rolle spielen, wie wir die Lösungen produzieren. Und es geht auch um den Stil. Es ist aus meiner Sicht einfach falsch, wenn wir wieder mit grossen Begriffen Effekthascherei betreiben. Das war schon bei der Energiewende der Fall. Da habe ich immer gesagt: Es ist eigentlich keine Energiewende, es ist ein Energieumbau, der uns bevorsteht, den wir uns auch leisten müssen, in den sehr viele Investitionen von der öffentlichen Hand, aber vor allem auch von den Privaten nötig sein werden.

Auch hier geht es wieder um einen Begriff, den Klimanotstand. Wir haben noch nicht den zutreffenden Begriff gefunden, der eigentlich viel zutreffender ist als diese Notstandserklärung von Ihrer Seite. Man kann Streiks zur Kenntnis nehmen et cetera, aber es ist sicher nicht der richtige Stil, der moderate Stil von Schritten, von Verlässlichkeit, den wir hier im Kanton Zürich haben sollten.

Und ganz am Schluss: Auch hier geht es darum, dass Geld in diese grossen Herausforderungen investiert wird. Es sind öffentliche Gelder, es sind vor allem aber auch private Gelder, und alles muss auch entsprechend effizient finanziert werden, damit wir effizient zu diesen Zielen kommen.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Wir haben es vorhin gehört: Der Klimawandel wurde mit dem Waldsterben verglichen und es wurde gesagt, ja, das sei eine Riesenlüge gewesen. Nun, ganz so einfach war es nicht, Herr Amrein. Der saure Regen hat die Feinwurzeln massiv geschädigt. Es entstanden Waldschäden, die das Bestehen des Waldes gefährdeten. Und was geschah, was war die Konsequenz aus diesen Beobachtungen? Die Konsequenz war, dass 1986 die Schweiz im Alleingang die Katalysatorpflicht für Autos eingeführt hat. Eine weitere Konsequenz war, dass die Rauchgasfilterung bei Grossverbrennungsanlagen eingeführt werden musste. Und es gab Vorschriften, die den Schwefelgehalt im Benzin, im Heizöl und in anderen Erdölprodukten beschränkten. Die Folge davon war, dass der saure Regen eingeschränkt werden konnte, dass wieder Wasser vom Himmel fiel und keine Schwefelsäure oder schwefligen Säuren. Das Gleiche beim Ozonloch: Man beobachtete das Ozonloch, wie es immer grösser wurde und wuchs. Man stellte fest, es sind die FCKW (*Fluorchlorkohlenwasserstoffe*), die dafür verantwortlich sind, und man setzte sich zusammen und verbot diese. Das Ozonloch über dem Südpol beginnt sich mittlerweile wieder zu schliessen. Wir hatten hier in der Schweiz auch eine Zeit, da konnte man in vielen Gewässern nicht mehr baden. Man hat reagiert, Kläranlagen errichtet, und heute kann man wieder baden. Wir geniessen dies sehr. Das zeigt eigentlich alles: Handeln ist möglich, aber es braucht den Willen. Und es zeigt auch: Reparieren ist, wenn man es spät macht, sehr viel teurer, als wenn man es präventiv macht. Aber anscheinend lernen Sie aus Kölken (*Sondermülldeponie*) nichts. Und wenn man dann die Folgen sieht mit Bergrutschen, Bergstürzen und was uns bei auftauenden Permafrostböden sonst noch droht, der Einbruch des Tourismus in den Alpen, das wird auch sehr viel teurer sein. Wir müssen also handeln und wir müssen schnell handeln. Und wenn wir heute hier sind und die einen sich einfach weigern und philosophische Diskurse darüber führen, wie man es machen soll, dann sehe ich hier drin einfach hauptsächlich eine Verweigerung, die Verantwortung zu übernehmen. Und das können wir so nicht akzeptieren.

René Isler (SVP, Winterthur): Zuerst zwei Sachen, bevor mir das unter das Eis fällt, solange wir noch Eis haben. Da meine ich jetzt die ganz Jungen: Linkspopulismus hat in diesem Rat nichts zu suchen. Man muss mit keinem Wort derselben Meinung sein wie die gegenüberliegende Ratsseite, aber man ist fair ihr gegenüber. Und wenn Sie nicht wissen,

was ich meine, fragen Sie meine liebe Ratskollegin Esther Guyer (*Heiterkeit*). Du bist ein Beispiel dafür: Wir können politisch Lichtjahre auseinander sein, miteinander können wir aber ganz fair fighten und nicht so linkspopulistisch, wie ihr das hier anstellt.

Zweitens: Wir haben ja gehört, dass sich das Klima nicht um mehr als 1,5 bis 2 Grad erwärmen sollte – weltweit –, und das ist die grosse Katastrophe. Ich kann Ihnen sagen, wir werden dieses Ziel nie erreichen. Komischerweise postulieren seit längerer Zeit Vulkanologen und Seismologen von führenden Universitäten, dass sie seit dem Klima-Hype kaum mehr Gehör finden würden. Und übrigens, lieber Kollege auf der linken Ratsseite (*angesprochen ist Nicola Sigrist*), ich bin weder das Sprachrohr noch der verlängerte Arm der «Weltwoche». So gescheite Voten, wie ich sie das letzte Mal gehalten habe, würde ich mir zahlen lassen; dem ist aber nicht so. Und trotzdem: Will man diesen Fachpersonen Glauben schenken, so sind zurzeit über 6000 Vulkane weltweit aktiv, davon die meisten an den Bruchstellen der tektonischen Erdplatten. Haben Sie das gewusst? Es ist nicht gerade erhellend, wenn kürzlich von Vulkanologen vernommen werden musste, dass sich die Erde durch die fatale Anzahl von aktiven Vulkanen im Meeresgrund ständig erwärme und sich die Meere in einer erschreckenden Masse erhitzen und so auch die Pole abschmelzen würden. Die hyperaktive pazifische, mit aktiven Vulkanen versehene tektonische Platte ist gut 11'000 Kilometer lang und weitet sich gemäss den Seismologen in Besorgnis erregender Masse aus. Die Erde habe Fieber, so nennen sie das. Unser Problem ist nun in diesem Rat und in der Politik im Allgemeinen, dass sich die Erde gemäss einhelligen Berechnungen der Vulkanologen in etwa 5000 Jahren derart erhitzen wird, dass die gesamte Fauna und Flora vom Aussterben bedroht sein wird. Die Frage ist einfach: Wer ergreift dann in diesem Rat das Wort? Wir können es ja nicht nachvollziehen, ob es stimmt. Aber gemäss neusten Berechnungen ist das erst der Anfang, weil sich die Weltmeere drastisch erwärmen wegen diesen x-tausend mehrheitlich unterirdischen Vulkanen, die täglich Hunderttausende von Tonnen glühende Lava ausstossen werden.

Aber vielleicht können wir uns einigen und sagen: Man sieht, wie klein der Mensch eigentlich ist, wenn die Erde verrücktspielt.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach): Wir werden heute voraussichtlich das erste Mal die neuen Mehrheitsverhältnisse in diesem Kantonsrat wahrnehmen dürfen. Die Bevölkerung hat gewählt. Sie hat gewählt, dass sie mehr Klimaschutzmassnahmen will, und das wird heute voraussichtlich

auch geschehen, dass hier endlich einmal etwas getan und nicht nur geredet wird. Allerdings – und da ist sehr schade – wird das auf der Gegenseite nach wie vor verkannt. Besonders interessant finde ich momentan die öffentlich Debatte innerhalb der SVP: Die einen sagen, die Klimaerwärmung findet statt und es hat vielleicht doch etwas mit Menschen zu tun. Die anderen sagen, die Klimaerwärmung findet wahrscheinlich statt, aber hat nichts mit den Menschen zu tun. Vielleicht klären Sie die Situation zuerst einmal intern, bevor Sie sich hier weiter äussern.

Befremdend ist für mich natürlich auch, wenn man sich hier über kranke Menschen lustig macht und diese diffamiert. Das ist hier so einfach nicht akzeptabel. Und ein weiterer Punkt, den ich auch gehört habe, ist: Wir haben die Energiestrategie 2050 angenommen. Darin ist festgehalten, dass die Schweiz nicht mehr auf Atomstrom setzen wird. Der Pfad ist vorgegeben. Sie kommen immer wieder mit dieser alten Leier, dass man das dann irgendwann einmal brauche. Sie verbrauchen hier so viel Energie bei diesem Thema, das sich einfach nicht lohnt. Setzen Sie Energie in andere Themen ein, die in erneuerbare Energien, in die Zukunft gehen.

Bei der FDP, ja, auch da wieder viele heisse Worte, und wenn es dann konkret wird, leider wieder keine Unterstützung. Und dann noch zur Polemik zwischen Politik und Bevölkerung: Die habe ich nicht ganz begriffen. Ich denke, wir Politiker gehören doch durchaus auch zur Bevölkerung.

Was mir aber sauer aufstösst, sind all diese Voten «Wir tun ja was, und das geht dann schon und das reicht dann schon». Und es gibt dann auch noch welche wie mein Vorredner, der sagt «Eigentlich müssen wir gar nichts machen, weil die Welt ja sowieso irgendwann zugrunde geht. Also was sollen wir uns hier engagieren und was sollen sich dann auch noch die Jungen engagieren? Und wieso sollen wir uns für die Jungen engagieren? Also wir machen doch einfach weiter so, wie bis anhin». Irgendwie verstehe ich hier die Welt nicht. Haben Sie jetzt begriffen, worum es geht? Es geht darum, etwas zu machen, zu handeln. Und wir wissen es alle, zumindest die meisten hier drin wissen es: Es geht hier darum, jetzt endlich einmal Massnahmen zu ergreifen. Und mit diesen beiden Postulaten haben Sie die Möglichkeit, der Regierung einen Auftrag zu geben, hier prioritäre Themen zu setzen. Das wird unter anderem in unserem Postulat auch so festgehalten. Man soll sich also insbesondere diesem Thema widmen. Und ich glaube, das ist mittlerweile doch anerkannt, dass wir das auch tun müssen und hier auch eine Vorreiterrolle als Schweiz haben wollen. Wir sprechen hier von Innovationen,

auch wieder von Arbeitsplätzen, aber insbesondere auch vom Kanton Zürich, dem führenden Forschungs- und Wirtschaftskanton in der Schweiz. Wenn wir diese Vorreiterrolle wirklich haben wollen, dann sollten wir auch hier vorwärtsmachen.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Geschätzte Regierungs- und Ratsmitglieder jeglichen Geschlechts – so sagt man das heute offenbar politisch korrekt –, grosse Deklarationen haben wundervolle Eigenschaften. Man kann mit ihnen machen, was man will. Grosse Deklarationen sind wunderschön, und wir können doch alle hinter grossen Deklarationen stehen. Wer ist nicht für den Weltfrieden? Wir können eine Erklärung für den Weltfrieden im Kantonsrat machen. Wer ist nicht dafür, dass der Wohlstand in der Welt gefördert wird? Wir können eine diesbezügliche grosse Erklärung machen. Und ich habe Verständnis für all die jungen Leute und alle Politiker, die sich auch für Klima und Naturschutz voll einsetzen wollen. Aber das Problem ist: Bei grossen Deklarationen kennt man den konkreten zukünftigen Inhalt nicht. Ich bringe dieses Thema immer wieder im Zusammenhang mit dem Rahmenvertrag (*Institutionelles Abkommen der Schweiz mit der EU*), der beabsichtigt ist. Wir kennen den zukünftigen Inhalt nicht. Wir kennen auch den Inhalt einer riesigen Deklaration nicht. Ich gebe drei Beispiele: Ein bürgerlicher Politiker im Kantonsrat hat heute das Thema «Atomkraftwerke» erwähnt. Das stammt nicht von diesem Politiker, sondern das stammt von der Klimakonferenz in Katowice, der Weltklimakonferenz, die beschlossen hat, zum Schutz des Weltklimas solle man Atomkraftwerke wieder fördern. Das bin nicht ich, das ist diese Konferenz. Der OECD-Klimarat (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*) hat praktisch das Gleiche deklariert. Und die Klimaexperten der Europäischen Kommission deklarieren das ebenfalls. Also, wenn wir eine grosse Deklaration machen, dann könnte man plötzlich auch daraus schliessen, der Kanton Zürich müsse sich also für Atomkraftwerke einsetzen, gestützt auf diese Klimaforschungsergebnisse.

Oder etwas anderes: Ein bürgerlicher Politiker hat die Frage der Zunahme der Bevölkerung auch in der Schweiz erwähnt. Nun ist es natürlich ein völlig klares Faktum, dass jeder von uns und jeder, der dazu kommt, ein CO₂-Faktor ist. Also könnte aufgrund einer grossen Deklaration auch von konservativer Seite die Folgerung kommen, das heisst also, der Kanton Zürich muss sich gegen Zuwanderung in die Schweiz zur Wehr setzen und auch im Bund Entsprechendes beantragen.

Andere könnten sagen: Mit dieser grossen Deklaration ist klar, wir müssen alles verteuern, was mit dem Flugzeug oder Schiff hierher transportiert worden ist. Und ist es nun das Ziel, dass nur noch die Reichen sich zum Beispiel eine Orange oder Banane leisten können? Sicher nicht. Aber mir ist wichtig: Grosse Deklarationen sind wunderschön, aber letztlich inhaltslos. Und die Inhaltslosigkeit dieser grossen Deklarationen ist es, was mich stört. Ich bin durchaus zu haben für massivste Massnahmen zugunsten Naturschutz, Klimaschutz und alles Mögliche, aber konkret. Und ich bin der Meinung, es entspricht der schweizerischen Politik viel eher, konkrete Massnahmen vorzulegen, anzuvisieren, und diese dann zu vollziehen, als die ganz grosse Deklaration zu machen, die nichts enthält ausser eben ihrer Grösse, ihrer Brillanz und allem. Wir haben erklärt, wir sind fürs Klima – grossartig. Was heisst das? Eben Atomkraftwerke, Zuwanderung, Vertuerung. Es ist nichts Konkretes drin. Und damit erkläre ich, dass ich gegen diese Vorlagen bin. Danke.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Von der gegenüberliegenden Seite haben wir von höhnischen über spöttischen bis zuletzt jetzt philosophischen Begründungen gehört, warum es sich da nur um eine Deklaration handle. Und man sei ja im Übrigen durchaus offen für konkrete Vorschläge. Ich möchte der Klärung der Fronten innerhalb der SVP-Fraktion nicht vorgreifen, aber ich verlasse mich jetzt einmal auf das Versprechen des sachkundigen Kollegen Lucek, dass man beim Inhalt auch gesprächsbereit sei. Das Gleiche habe ich ja auch vom Kollegen Müller von der FDP gehört, und selbst Herr Zeroual, der vor allem Bürokratie befürchtet, ist ja offenbar auch offen für konkrete Vorschläge. Und da muss ich den Nachwuchskollegen Landmann (*Heiterkeit*) schon korrigieren, wenn er die Inhaltsleere dieser Debatte beklagt: Die Debatte ist nicht inhaltsleer. Wir haben eine ganze Stange, eine Warteliste. Kollege Bärtschiger hat die parlamentarische Initiative Spring (*KR-Nr. 203/2007 von Altkantonsrätin Monika Spring*) erwähnt, eingereicht 2007, unter meinem Kommissionspräsidium (*in der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) sistiert, bis die MuKE-Vorlage (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*) 2014 kommt. Wir haben jetzt 2019, der Sistierungszustand hält immer noch an. Wir haben 2015 eine sehr interessante Initiative (*KR-Nr. 222/2015*) von einigen Dutzend Professoren der Universität Zürich erhalten, die eine kantonale CO₂-Politik vorschlägt, mit einem Absenkpfad. Auch diese Initiative wurde mit Ihrer Mehrheit sistiert. Und selbst Gespräche mit unserer Seite fanden in Ihren Reihen keine Mehrheit. Also der Inhalt ist klar.

Und einen Inhalt hat Kollegin Gabi Petri mit einem illegitimen Zwischenruf doch einbringen wollen – leider hat sie sich nicht zu Wort gemeldet –, einen Inhalt müssen wir schon auch besprechen, und da muss ich auch den neuen Baudirektor ein bisschen in die Pflicht nehmen, das ist der ganze Verkehrsbereich. Dieser Massnahmenplan Klimawandel stammt nicht vom Regierungsrat, er stammt von der Baudirektion. Aber beim Klimawandel ist nicht eine Direktion zuständig und gefordert, sondern da sind alle politischen Gremien gefordert. Da ist der ganze Regierungsrat gefordert, und nicht zuletzt ist der Verkehrsbereich aus der Volkswirtschaftsdirektion gefordert. Und wenn wir hier diese Debatte für etwas anderes eingesetzt hätten, hätten wir zum Beispiel heute in dieser Zeit ein paar überflüssige Strassenprojekte, die nur den Verkehr steigern, streichen können. Wir hätten auch die kantonale CO₂-Politik diskutieren können. Wir hätten neue Vorschriften über erneuerbare Energien an Gebäuden diskutieren können, die seit zwölf Jahren sistiert sind. Das hätten wir nutzen können. Die Inhalte sind vorhanden. Und wenn wir diese Blockade jetzt mit einer Mehrheit lösen können, dann finden wir auch das Gespräch miteinander, da bin ich sicher. Denn auf unserer Seite ist es klar: Man kann nicht mit einer knappen Kantonsratsmehrheit all die notwendigen Massnahmen durch die Volksabstimmungen bringen, dazu braucht es auch kompromissbereite Kräfte auf der anderen Seite. Und so fordere ich die SVP auf, die Fronten zu klären, sich zu trennen von den Verschwörungstheoretikern, von den Hobby-Vulkanologen, die nun plötzlich wieder auftauchen, und die Kompromissfähigkeit Ihrer Fraktion so zu steigern, sodass wir breite Mehrheiten für die pendenten Vorlagen, die alle vorhanden sind, finden. Und die Baudirektion fordere ich auf, im Regierungsrat entsprechend departementsübergreifend diese Massnahmen zu erarbeiten. Vielen Dank.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Praktisch alle organischen Siedlungsabfälle werden bereits vergast und so Energie daraus gewonnen. Auch Holz als nachwachsender Rohstoff und wichtiger CO₂-Umwandler ist ein direkter Energieträger. Hecken und Rasen werden zu Kompost und so wiederverwertet oder eben auch vergast, um daraus Strom zu gewinnen. Gerade im Moment läuft wieder ein Forschungsprojekt von der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) Wädenswil, welche untersucht, wie man aus Gülle einfacher und effizienter Energie gewinnen könnte. Ich möchte damit sagen: Es wird schon viel gemacht und es wird auch noch weiter geforscht. Die

Zürcher Landwirtschaft leistet einen grossen Beitrag in unserem bevölkerungsreichen Kanton, indem sie vor Ort Nahrungsmittel produziert. Einheimisches Fleisch, Gemüse oder Früchte haben einen kurzen Transportweg und sind nach den heutigen strengen Swissness-Auflagen hergestellt. Bei einem Selbstversorgungsgrad von ein bisschen mehr als 50 Prozent darf man die produzierende Landwirtschaft nicht vernachlässigen. Importe von Erdbeeren im Februar haben logischerweise einen x-fach grösseren Fussabdruck als saisonal geerntete Erdbeeren im April. Zur Erinnerung: Alles, was wir hier nicht ernten können, muss in einem anderen Land angepflanzt und mit dem Flugzeug oder mit Lastwagen herangekarrt werden. Darum ist auch die Idee von der weiteren Extensivierung der schweizerischen Landwirtschaft mit Vorsicht zu betrachten. Denn Probleme auszulagern heisst nicht Probleme zu lösen. Jeder von uns kann täglich aktiv etwas für die Umwelt machen, indem man konsequent einheimische Lebensmittel einkauft. Dafür braucht es keinen Ausruf des Klimanotstands.

Benjamin Fischer (SVP, Volketswil): Wir sprechen hier über Klimanotstand. Was heisst Notstand? Wir haben es ein bisschen gehört: Wenn man das ernst nehmen würde, dann heisst das, dass Notmassnahmen durch die Regierung dann auch nicht demokratisch legitimiert sein müssen. Notstand – da stelle ich mir Militär auf den Strassen vor, Rationierung. Man könnte zum Beispiel, wenn es dermassen ein Notstand ist, den Import aller Lebensmittel verbieten und wieder die Anbauschlacht, den Plan Wahlen (*Programm zur Förderung des innerschweizerischen Lebensmittelanbaus während des Zweiten Weltkriegs, initiiert vom Landwirtschaftsspezialist und späteren Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen*) wieder aus der Schublade nehmen und in der Stadt Zürich Kartoffeln anpflanzen. Aber das wollen Sie ja nicht, denn es geht ja nur um den symbolischen Notstand. Aber man könnte ja einmal fragen: Was wäre denn, wenn wir das alles tun würden, wenn wir die Wirtschaft komplett einstellen und alle Autos verbieten würden? Wir könnten ja wieder zusammen in den Wald leben gehen. Hätte das denn einen Einfluss aufs Klima, wenn die Schweiz mit 8 Millionen Einwohnern von heute auf morgen alles einstellen würde? Es hätte eben keinen Einfluss, und das ist der entscheidende Punkt nebst allen wissenschaftlichen Diskussionen: Die Schweiz – wir haben es gehört – macht einen sehr, sehr kleinen Anteil aus und der Kanton noch einmal einen Bruchteil davon. Und dann kann man schon sagen «Jemand muss mal den Anfang machen», aber wir sind bereits schon sehr weit. Wir machen bereits schon sehr viel. Mein Sohn wird etwa im Jahr 2040 erwachsen sein, und seine

Zukunft hängt überhaupt nicht davon ab, ob wir heute in diesem Bereich irgendeinen Notstand beschliessen oder nicht. Wenn schon hängt seine Zukunft von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft ab, von guten, innovativen Ideen in den Unternehmungen, und nicht von irgendwelcher Pseudosymbolik hier in der Politik. Wir haben viele Beispiele gehört. Uns ist die Umwelt selbstverständlich wichtig. Aber, Herr Wirth, es ist eben ein Unterschied, ob wir von der Wasserqualität und den Kläranlagen sprechen – das kann man lokal lösen – oder ob wir eben von globaler Temperatur sprechen, wo die Schweiz komplett vernachlässigbar ist.

Die SVP ist für sinnvolle Massnahmen zu haben, aber wir sind niemals dafür zu haben, die Bevölkerung mit mehr Kosten und Verboten zu belasten, um etwas Symbolik für das gute Gewissen zu betreiben. Und Sie können hier jetzt schon den Notstand beschliessen – das werden Sie wahrscheinlich auch, so wie ich die Mehrheitsverhältnisse sehe –, aber glauben Sie nicht und machen Sie den Leuten draussen nicht weis, man hätte damit jetzt irgendetwas getan oder irgendetwas gelöst. Denn es ist, Kollege Wirth, eben keine philosophische Debatte, wenn es um die konkreten Massnahmen geht, sondern das ist dann eine konkrete Debatte. Das ist nicht das, was wir heute Morgen gemacht haben. Heute Morgen, das ist nur für die Galerie. Sie dürfen sich dann gut fühlen nach dem Entscheid, aber wenn Sie dann behaupten, Sie hätten jetzt irgendetwas erreicht, dann lügen Sie sich selber etwas vor.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Ich bin ehrlich gesagt etwas irritiert. Es heisst von rechtsbürgerlicher Seite, man streite den menschengemachten Klimawandel nicht ab. Eine intakte Umwelt sei wichtig. Man wolle eine wissenschaftliche Debatte führen. Man wolle echte Lösungen statt Ökopopulismus. Gleichzeitig schaffen es die Kollegen von der SVP wieder einmal aufs Neue, die Debatte als Plattform für ihre xenophobe Ausländerpolitik zu missbrauchen, und versuchen gar, junge Umweltaktivistinnen auf respektloseste Weise zu diskreditieren. So viel zu Populismus und Diskussionskultur.

Die Forderungen der Postulate basieren auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Und keine Sorge, sie müssen und werden bald konkrete politische Massnahmen nach sich ziehen. Ich bitte also die Kolleginnen und Kollegen der anderen Ratsseite, dies im Hinterkopf zu behalten und sich dann an diesen anscheinend ja auch von Ihnen gewünschten, konkreten Massnahmen zu beteiligen.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Frau Bossert, wir haben uns heute Morgen kennengelernt. Das war jetzt einer der schlauesten Beiträge aus Ihrer Fraktion. Also wenn Benjamin Fischer indirekt sagt, dass wir filibusterten: Wir haben das auch schon gemacht, aber heute filibustern Sie. Sie (*gemeint ist Sandra Bossert*) haben einen schlauren Beitrag geleistet, es geht nämlich bei den Biogasanlagen darum: Wir haben – Paragraph 16 Energiegesetz – die Möglichkeit, Biogasanlagen nur mit Gülle zu fördern, ein Vorstoss von Edith Häusler (*KR-Nr. 153/2011*), den wir eingereicht haben. Ich denke, das ist eine schlaue Idee, wir gehen gerne auf Sie zu und recyceln den Vorstoss und machen etwas Schlaues damit.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Ich bin, wie Herr Bärtschiger gesagt hat, ein alter Sack hier drin, und nach den anderen alten Säcken, Robert Brunner und Ruedi Lais, darf ich natürlich auch noch sprechen.

Ich möchte ein Referat zur Hand nehmen, das Frau Bundesrätin Doris Leuthard am 28. September 2007 am Klimasymposium der ETH Zürich gehalten hat. Der Titel heisst «Politische Handlungsoptionen für die Schweiz». Wir sprechen für den Kanton Zürich, aber sie hat natürlich für die Schweiz gesprochen. Ich zitiere: «Kiribati ist eine kleine Insel im Südpazifik mit 105'000 Einwohnern. Vor sieben Jahren hat die Weltbank festgestellt, dass kaum ein Land dieser Erde so arm und keines so sehr durch den Klimawandel gefährdet ist wie Kiribati. Der Anteil der Inselgruppe am weltweiten CO₂-Ausstoss liegt im 0,00-irgendwas-Bereich, sie muss jedoch 100 Prozent der Folgen des Klimawandels verkraften. Selbst wenn ab sofort kein einziges Gramm CO₂ mehr ausgestossen würde, käme die Trendwende für diese Insel im Südpazifik zu spät. Kiribati wird in wenigen Jahren vom steigenden Meer verschlungen werden.» Das hat eine Bundesrätin am 28. September 2007 gesagt, Kiribati wird versinken, und das in den nächsten Jahren. Und Sie können jetzt die Statistik des Meeresspiegelanstiegs bei Kiribati anschauen. Wenn man das macht – ich habe es übers Wochenende gemacht –, dann fällt etwas auf: Dass die Meeresspiegelhöhe der Insel Kiribati sehr stark schwankt. Und wenn man die Linie glättet und über die monatlichen Daten schaut, dann haben wir einen durchschnittlichen Anstieg von knapp 4 Millimetern pro Jahr. Wenn man das im Mittel nimmt über die letzten 20 Jahre, in denen das aufgezeichnet wurde, dann hatten wir also einen Anstieg der Meeresspiegelhöhe von 8 Zentimetern. Jetzt komme ich zurück zum Votum von Frau Bundesrätin Doris Leuthard: Kiribati ist bis jetzt noch nicht untergegangen. Und 8 Zentimeter Meeresspiegelanstieg genügen nicht, um die Zukunft

dieser Inselgruppe zu besiegeln oder dem Untergang zu weihen. Denn wenn man die Gezeiten, also den Tidenhub in dieser Gegend anschaut, dann beträgt er im Mittel 2,25 Meter. Das heisst, diese 8 Zentimeter können Sie sich irgendwo hinstecken und es passiert gar nichts. Es ist ein bekanntes Spiel: Die Daten werden ungenügend gewürdigt und dann wird mit der moralischen Keule auf die eingeknüpelt, die andere Schlussfolgerungen als Sie selbst ziehen und die Ihnen dann ein bisschen den Spiegel vorhalten und bei diesem Spiel nicht mitmachen.

Am 6. Mai 2019 haben wir alle gelobt, die Verfassung und Gesetze des Kantons zu wahren. Wir haben nicht gelobt, eine symbolische Anwendung der Verfassung zu machen. Wir haben nicht gelobt «Wir werden einen Notstand ausrufen und diesen dann umsetzen, obwohl kein Notstand besteht». Wir sind hier, um die Gesetze zu wahren und zu schauen, dass es auch richtig läuft. Ein Notstand hat ganz klar eine Notverordnung zur Folge, die vom Kantonsrat genehmigt werden muss. Es geht nicht um Symbolpolitik hier drin, geschätzte Damen und Herren der links-grünen Seite, was Sie machen, ist ein Verfassungsbruch. Und wenn Ihr Baudirektor das umsetzt, dann wird es so sein, dass sich ihm nach Ausrufung des Notstands eine Verfassungsklage entgegenstellt.

Abschliessend noch zu Ruedi Lais: Sie sollten sich nicht um die Zustände der SVP-Fraktion kümmern, kümmern Sie sich um die Zustände in Ihrer Fraktion. Denn Sie verletzen die Grundsätze der SP. Der Klimanotstand ist asozial und er trifft die Schwächsten am stärksten. Denken Sie daran, wenn Sie diese Postulate unterstützen. Wir werden dies nicht tun.

Qëndresa Sadriu (SP, Opfikon): Ich wollte mich heute eigentlich eher zurückhalten und nicht viel dazu sagen, obwohl mich dieses Thema unter anderem auch in der Zukunft sehr betrifft, weil es meine Zukunft ist, unsere Zukunft, auch die der vielen Anwesenden. Aber ich habe jetzt zweimal Voten gehört, dass für alle Problematiken, die wir haben, die Einwanderung schuld sei. Bevor Sie das Thema «Einwanderung» zum grossen Problem machen, überlegen Sie sich bitte, wieso Personen auswandern und in unsere Länder einwandern. Es gibt einen Grund, wieso sie das machen, unter anderem wegen unserem Wohlstand und nicht, weil sie aus Lust und Laune aus ihrem gewohnten Umfeld raus sind; das als Allererstes.

Und einige Male haben Sie jetzt von konkreten Vorschlägen geredet, aber Sie leugnen als Allererstes einmal den Klimanotstand überhaupt oder die Klimakrise überhaupt. Bevor Sie also anfangen, von konkreten

Vorschlägen zu reden, diskutieren Sie vielleicht parteiintern darüber und werden Sie sich klar, dass wir ein Problem haben, und dann können Sie konkrete Vorschläge fordern. Besten Dank.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur): Ich möchte nach diesen vielen Voten einen Punkt aufgreifen, ich nehme jetzt exemplarisch für die SVP-Fraktion den Kollegen Fischer. Er hat ja eigentlich erklärt, es gehe Ihnen darum, dass wir nicht mit Verboten arbeiten sollen. Wir sollen hier keine Hysterie produzieren und wir sollen ganz konkrete Massnahmen umsetzen und auch einbringen. Er hat auch erwähnt, dass es ihm wichtig ist für seinen Sohn – ich hoffe mal, dass sein Sohn dann mit meinen Töchtern hier im Rat ist, und vielleicht ist die Welt dann wirklich besser – jedenfalls, dass er für seinen Sohn vor allem die Forschung und Entwicklung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft weiterentwickeln will. Herr Kollege Fischer, Sie haben konkrete Massnahmen gefordert, die von Wirtschaft und Umwelt zusammengetragen werden. Schade, wir werden es heute nicht mehr bis zum Traktandum 6 (KR-Nr. 233/2017) der Einladung schaffen. Ich möchte Ihr Augenmerk trotzdem noch darauf lenken: Dabei geht es genau um einen solchen Vorschlag, einen Vorschlag, der den Wirtschaftsstandort stärkt, der auch unsere Umweltanliegen stärkt. Und was machen Sie mit ihren Kolleginnen und Kollegen? Sie verlangen Diskussion, Sie riskieren, dass das Geschäft abgeschossen oder zumindest verzögert wird. Sie haben leider die Nagelprobe nicht bestanden bei Ihren eigenen Forderungen.

Deshalb bitte ich den Rat wirklich, nun diese beiden vorliegenden Vorstösse zu überweisen, und das aus voller Überzeugung. Besten Dank.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf) spricht zum zweiten Mal: Der Handlungsbedarf ist erwiesenermassen gross und die Dringlichkeit zum Handeln lässt kein Zögern mehr zu. Es ist mir nicht möglich, auf all die vielen Voten, zu denen ich noch etwas sagen möchte, einzugehen, es sind einfach zu viele falsche Meinungen oder andere Ansichten, auf die man etwas entgegnen könnte. Aber zu einigen davon möchte ich das trotzdem noch tun.

Das ist, liebe SVP, kein Ökopopulismus, den wir da machen, das sind nackte Tatsachen. Die grosse Mehrheit der Wissenschaft ist sich einig: Das ist eine Klimaerwärmung, die es gibt. Es ist menschengemacht. Man kann sich vielleicht noch darüber unterhalten, mit welchen dringenden Massnahmen man das am besten anpackt, welche dringenden Massnah-

men zuerst kommen, da gibt es sicher einen Diskurs. Aber von Populismus zu reden, das ist einfach nur scheinheilig oder fadenscheinig. Sehen wir mal, was die SVP macht, wenn ihr etwas wirklich wichtig ist, zum Beispiel Migration, Ausländerpolitik, Anti-Europa-Politik: Was machen Sie da? Also mehr Populismus, als die SVP macht, geht einfach nicht mehr.

Und ein paar andere Sachen, liebe SVP: Die Schweiz und der Kanton Zürich insbesondere emittieren überproportional viele CO₂-Emissionen, Treibhausgasemissionen pro Einwohner. Und da ist es durchaus angebracht, dass wir uns überproportional anstrengen. Genau das Beispiel «Kiribati» zeigt ja, dass diejenigen, die nichts machen, auch die Folgen tragen müssen. Und da bitte ich einfach: Es gibt einen Dokumentarfilm zu Kiribati, den ich sehr empfehle. Er zeigt ganz klar, was die Klimaveränderung schon bewirkt hat: Die Versalzung der Insel, die Bäume, die ins Meer kippen, die Leute, die massenweise umgesiedelt werden, also das ist nicht nichts. Das kann man nicht einfach kleinreden.

Orlando Wyss, wir sind nicht bei 4 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf. Schauen Sie mal, haben Sie den Massnahmenplan der Regierung nicht gelesen? Allein da steht, dass wir bei über 6 Tonnen pro Person sind. Und man sieht die Kurve, sie ist in den letzten zehn Jahren praktisch nicht hinuntergegangen, das ist auf Seite 5 des Massnahmenplans. Und diese über 6 Tonnen zeigen nicht mal alle CO₂-Emissionen, sondern nur die energetischen. Die nicht-energetischen und weiteren Emissionen, die ich schon erwähnt habe, sind dort nicht dabei. Insgesamt emittieren wir etwa 12 Tonnen pro Person.

Ja, liebe FDP, ich habe das schon mal gesagt: Mit ausschliesslich freiwilligen Massnahmen geht es einfach zu langsam. Da gewinnen wir diese dringenden Sachen im Bereich Klima nicht, und das ist am Schluss dasselbe wie zu verlieren. Wir müssen Nägel mit Köpfen machen, es geht nicht anders.

Und zur CVP: Ja, genau, wir haben Massnahmen im Massnahmenplan. Das ist ein erster Schritt, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber eben: Es geht zu langsam, und wir wollen ja nicht das 2,2-Grad-Ziel langsam anstreben, sondern wir wollen jetzt wirklich einen Zacken vorwärtsmachen. Das ist zu wenig griffig, zu wenig schnell und zu zögerlich.

Man sieht da also, wie sich die Spreu vom Weizen trennt, nämlich diejenigen, die es wirklich ernst meinen, und diejenigen, die immer noch

finden, wir machen schon genug und es brauche nicht mehr Massnahmen. Ja, es stimmt, man kann auch handeln und Massnahmen ergreifen, ohne dass der Klimanotstand ausgerufen wird. Das ist möglich. Aber trotzdem ist es ein wichtiges Zeichen, die Bekennung zur Dringlichkeit, die auch von den jugendlichen Klimademonstrierenden gefordert wird. Und nachdem dies schon von über 300 Städten und Ländern gemacht wurde, ist es angebracht, das auch gegen aussen zu verkündigen.

Die Grünliberalen und damit auch die neue Ratsmehrheit, wir wollen, dass der Kanton Zürich seine Vorbildfunktion wahrnimmt. Und ja, wir wollen das auch verkünden und gegen aussen zeigen, im Wissen, dass dies auch verpflichtet. Wir wollen Prioritäten für den Klimaschutz setzen und die Verantwortung mittragen. Und glauben Sie mir, wir wollen nicht leere Worthülsen, wir wollen Nägel mit Köpfen. Dabei sind alle gefordert, liebe FDP: die Regierung, aber nicht nur die Regierung, die Wissenschaft, die Unternehmen, die Bevölkerung, wir Politiker, alle.

Mit der Überweisung des Postulates ruft der Kanton Zürich nun den Klimanotstand aus – im Sinn einer moralischen Verpflichtung, einer moralischen Verpflichtung, die den Regierungsrat und die Verwaltung dazu auffordern und leiten sollen, in ihrem Handeln etwas zu machen. Ich danke allen, die diese moralische Verpflichtung erkennen und mittragen und unterstützen.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) spricht zum zweiten Mal: Gerade das letzte Votum von Frau Gehrig hat einmal mehr gezeigt, dass sie Dinge als Tatsachen hinstellt, die nicht so einfach sind, wenn man hinguckt. Sie sagt «die Mehrheit der Wissenschaftler». Ich habe auch die Zahl «97 Prozent der Studien» genannt, das sind 97 Prozent der Studien 2012, die damals den menschengemachten Klimawandel untersuchten. Es gab noch 70 Prozent der Studien, die den Klimawandel als solchen untersucht haben, zum Beispiel die Sonnenaktivität, die sind hier gar nicht drin. Und von jenen Studien, die den menschengemachten Klimawandel untersuchten – das sind etwa 30 Prozent aller Studien überhaupt, die den Klimawandel untersuchten –, von diesen sind 97 Prozent zum Schluss gekommen, dass der Mensch eine Wirkung hat. Ich meine, das bestreitet niemand im Saal und auch den Klimawandel bestreitet niemand, da ist sich sogar unsere Fraktion einig. Und es ist nicht in Ordnung, wenn Sie hier eine Uneinigkeit behaupten. Aber die Klimakrise ist nicht da. Und dass es viele andere Ursachen gibt, ist auch erwiesen, sogar sehr stark erwiesen, dass es sehr viele andere Ursachen gibt. Und Frau Gehrig hat jetzt hier eine Einigkeit postuliert, die es so

einfach nicht gibt in der Wissenschaft. Die wissenschaftliche Debatte ist nicht zu Ende geführt. Es bleibt eine Debatte. Und jede Massnahme, die wir hier drin beschliessen, muss einzeln angeguckt werden. Und Ruedi Lais zum Beispiel und auch Michael Zeugin haben vorhin gezeigt, was auf uns zukommt. Sie möchten diese Krisenstimmung, diese Klimawandelstimmung, um eine moralische Rechtfertigung hinzukriegen und vielleicht wirtschaftsschädigende, einengende, unfreiheitliche und auch nicht sinnvolle Vorstösse durchzubringen, einfach weil «Klima» auf der Etiketle steht. Und Sie machen sich einen Hype dafür zunutze. Frau Gehrig hat selbst gesagt, schon 300 Städte hätten den Notstand ausgerufen. Ja, Sie folgen einer Massenhypnose, das ist doch kein wissenschaftliches Argument. Wenn Sie einen Anspruch an die Qualität der Arbeit dieses Kantonsrates haben, dann machen Sie nicht einfach, was die anderen tun, sondern schauen Sie die Dinge wirklich an, hinterfragen Sie und handeln Sie entsprechend bei jedem einzelnen Vorstoss. Das sind nicht die wirtschaftsschädigenden Dinge, die von der anderen Ratsseite kommen. Sie werden ständig auf die Bremsspur geführt. Wir haben heute Morgen noch keinen vernünftigen Vorstoss miteinander behandelt, wir haben den ganzen Morgen über etwas gesprochen, was schlussendlich dem Klima gar nichts nützen wird. So wird es weitergehen in dieser Legislatur.

Regierungsrat Martin Neukom: Was für ein Start in die Legislatur. Ich habe schon gedacht, dass Sie lange reden, aber gerade so lange? Also vielen Dank für diese lange Debatte. Wenn ich auf die Traktandenliste schaue, wie viele Geschäfte von der Baudirektion noch übrig sind, hoffe ich, dass wir in Zukunft ein klein bisschen zügiger vorankommen, aber natürlich komme ich auch gerne, wenn wir ein bisschen länger reden, öfters vorbei.

Als ich aus der Pause zurückkam, lagen diese Schoggi-Pralinéés auf meinem Tisch. Ganz herzlichen Dank, Hans-Peter Amrein, ich weiss zwar nicht, womit ich das verdient habe. Vielleicht ist es auch zum Beileid, weil ich jetzt die Regierungmeinung vertreten muss zu diesem Geschäft (*Heiterkeit*).

Sie wissen, der Klimawandel ist zusammen mit dem globalen Artenschwund eines der grössten Probleme der Menschheitsgemeinschaft, und somit ist auch die Lösung des Klimawandels und des Artenschutzes eine der grössten Herausforderungen überhaupt. Es ist klar, dass wir dies nicht im Kanton Zürich alleine machen können, aber wir können sicher einen Beitrag leisten. Herr Zeroual hat das sehr schön gesagt:

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Wir wissen seit 40 Jahren, dass der Klimawandel existiert. 1989 hat James Hanson, der Klimaforscher der NASA (*National Aeronautics and Space Administration*) vor dem US-Kongress genau das gefordert, was wir jetzt auch tun, also nicht den Klimanotstand, aber dieses Problem ernst zu nehmen und Massnahmen zu ergreifen. Übrigens seine Rechnungen von 1981 mit der Vorhersage, wie die Temperatur ansteigen wird, stimmen bis heute mit den gemessenen Temperaturen relativ gut überein. In diesem Rahmen von Panikmache zu sprechen, Herr Lucek, finde ich jetzt eine Unterstellung den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gegenüber. Ich wünsche Ihnen in der SVP-Fraktion jedenfalls viel Erfolg bei der internen Diskussion, zu welchem Anteil der Klimawandel nun menschengemacht ist oder nicht. Falls Sie diesbezüglich noch externe Referenten wünschen, kann ich Ihnen vielleicht jemanden vermitteln.

Ich bin froh, dass in dieser Debatte herausgekommen ist, das möchte ich hier schon nochmal klarstellen, auch auf die Voten von Benjamin Fischer und Lorenz Habicher hin: Es geht nicht um die Ausrufung des Notstands nach Verfassung Artikel 72. Das habe ich auch in den Voten derjenigen, die das Postulat eingereicht haben, so vernommen und eigentlich auch sonst von den meisten hier drin. Ich denke, das ist gut, denn der Notstand nach Kantonsverfassung Artikel 72 ermöglicht, dass die Regierung Massnahmen treffen kann ohne gesetzliche Grundlagen und dass die Regierung Notverordnungen erlassen kann. Ich glaube, das ist, um das Klimawandel-Problem zu lösen, in diesem Rahmen nicht sinnvoll. Es geht, wie jetzt vielfach gesagt wurde, um den symbolischen Notstand. Der Begriff kommt ja eigentlich aus dem englischen «Climate Emergency» und ist vielleicht ein bisschen unglücklich übersetzt mit «Notstand». Aber ich glaube, eigentlich wissen wir, was gemeint ist.

Nun, Sie wissen es, wir in der Regierung kennen uns aus mit politischen Symbolen. Wir schneiden sehr gerne Bänder durch, um etwas zu eröffnen, oder machen Spatenstiche als symbolische Aktionen. Der Regierungsrat ist jedoch der Ansicht, dass gerade im Klimawandel-Bereich symbolische Aktionen nicht sonderlich zielführend sind. Deshalb empfiehlt Ihnen der Regierungsrat, diese zwei Postulate abzulehnen. Der Regierungsrat bevorzugt, wie viele hier drin auch, direkte, konkrete, wirksame Massnahmen, und es hat mich jetzt sehr gefreut, dass eigentlich überall gesagt wurde «Wir fordern direkte, konkrete Massnahmen». Das freut mich sehr, wir kommen ja sicher darauf zurück und haben Gelegenheit, dies dann konkret zu diskutieren.

Zu den konkreten Massnahmen, die der Regierungsrat bisher verabschiedet hat: Im Oktober – das wurde ebenfalls erwähnt – hat die Regierung den Massnahmenplan verabschiedet mit zig Massnahmen, die ergriffen werden können, und Massnahmen, die geprüft werden können. Zum Beispiel ist da drin ein Projekt zur Reduktion der Methanemissionen der Abwasserreinigungsanlagen zweifellos eine sehr gute Sache. Das AWEL hat abgeschätzt, wie viel diese Massnahmen zusammen ungefähr einsparen werden bis 2030 und kommt – das wurde auch schon gesagt – auf 7 bis 8 Prozent Reduktion. Das ist so, wenn man alle Massnahmen berücksichtigt. Wenn man aber sagt «Wir nehmen nur die Massnahmen, die in diesem Plan schon sehr konkret sind», dann haben wir ungefähr 1 Prozent Emissionsreduktion bis 2030. Wir sehen also bei 1 Prozent bis 2030 gegenüber der Forderung der Klimajugend von 100 Prozent Reduktion bis 2030 eine gewisse Diskrepanz (*Heiterkeit*). International bezeichnet man diese Diskrepanz jeweils als «Ambition Gap», also eine Ambitionsücke. Das ist nicht ganz neu, das gibt es überall auf der Welt, also die Lücke zwischen dem, was ambitioniert nötig wäre, und dem, was man dann effektiv plant. Aber Sie sehen, die Regierung geht schon in die richtige Richtung. Vielleicht müssen wir uns ein bisschen über die Geschwindigkeit unterhalten.

Weil die Regierung diese Massnahmen also treffen will, empfiehlt sie Ihnen, die Postulate nicht zu überweisen. Falls der Kantonsrat in seiner Weisheit zum Schluss kommt, die Postulate trotz der negativen Empfehlung der Regierungsrates zu überweisen, dann, kann ich Ihnen sagen, werde ich mich dieser Thematik natürlich annehmen und mich entsprechend innerhalb der Regierung und in meiner Direktion dafür einsetzen, dass wir diese Ambitionen etwas erhöhen können. Besten Dank.

Orlando Wyss (SVP, Dübendorf) spricht zum zweiten Mal: Ich danke unserem neuen Baudirektor für seine Worte. Man sieht, er ist im Amt angekommen. Es tönt nicht mehr so wie in früheren Zeiten, das ist positiv. Auch hat er verklausuliert gesagt, dass der Notstandsbegriff ein populistischer Begriff ist. Das hat er natürlich nicht so klar gesagt, aber wir alle wissen, was er damit gemeint hat.

Wir von der bürgerlichen Seite, in den Kommissionen KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) und KPB (*Kommission für Planung und Bau*) mit dem neuen Baudirektor zusammenzuarbeiten. Wir hoffen natürlich auf konkrete Massnahmen, die auch der Wirtschaft etwas bringen, nicht nur der Umwelt. Für die Umwelt haben wir schon immer geschaut. Aber wir wollen auch Massnahmen, die finanziell durchführbar sind, die auch den Menschen etwas bringen, die nicht auf

eine Verbotspolitik hinauslaufen. In diesem Zusammenhang wünsche ich unserem Baudirektor alles Gute und ich glaube, wir werden da irgendwie schon miteinander die Lösungen erarbeiten. Und sonst müssen wir das halt wieder ausdiskutieren.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Herr Regierungsrat Neukom, du hast mich angesprochen. Ich habe dir vier Maikäfer auf deinen Tisch gelegt und wollte dir einen guten Abflug und vor allem ein sanftes Landen wünschen in der nächsten Amtszeit. Du hast diesen Flug recht gut gemacht vorher, du hast nämlich die bürgerliche Politik vertreten (*Heiterkeit*) und das wirst du hoffentlich auch in den nächsten vier Jahren tun. Ich hoffe, dieser Regierungsrat ist weiter bürgerlich, nicht nur nominell, sondern auch reell.

Der Seitenhieb betreffend Weisheit kommt mir etwa so vor wie der Maikäfer, der gelandet ist und sich etwas schnell um die eigene Achse dreht. Der war jetzt vielleicht nicht ganz so elegant und das passt zusammen mit dem Votum des Fraktionspräsidenten der GLP (*Michael Zeugin*), welcher vorher auf Traktandum 6 – ich denke, wir kommen nicht mehr dazu –, zu Blockchain und Kommunalpolitik, sprach. Das zeigt mir eigentlich, wie die Politik der GLP doch sehr symbolisch mit einer Wassermelone zu vergleichen ist. Wenn ich sagen darf: Blockchain braucht ganz enorm viel Elektrizität. Das wissen wir, wir sind noch nicht dabei, und das kommt vielleicht, ja. Aber wir brauchen keinen solchen Notstand. Wir sollen weitermachen, was wir Schweizer gemacht haben – und sehr, sehr gut gemacht haben –, nämlich eine ganz hervorragende Technik, hervorragende Universitäten, die auch im Bereich Klimaschutz und vor allem Technologiefortschritt gut arbeiten, und nicht so wie an den Kantonsschulen. Ich durfte kürzlich an einer Kantonsschule sprechen. Ich habe dann gefragt «Wer hat eine Plastikflasche dabei?» und dann hat sich ein Meer von Plastikflaschen vor mir aufgetan. Ich habe dann gefragt «Wer hat ein iPhone dabei?», es hat sich ein Meer von iPhones mit Kobalt drin, das in Afrika wunderschön abgebaut wird, aufgetan. Und ich habe gefragt «Wer fliegt jetzt dann in die Ferien oder sonst wo hin?» und da haben auch viele die Hände aufgestreckt. Das ist es eben nicht. Es geht darum, konkret zu arbeiten. Mir persönlich sind die Weltmeere ein Riesenanliegen, wenn man diesen Abfall sieht, der da in die Weltmeere ausgebracht wird. Daran soll die Schweiz arbeiten. Und wir sollten im Kosovo unten auf die Dreckschleudern Filter drauf tun, aber sicher nicht das, was dort drüben in einer Wassermelonpolitik gefordert wird.

Ratspräsident Dieter Kläy: Wir kommen zur Abstimmung. Wie ich Ihnen einleitend zu dieser Sitzung bekannt gegeben habe, stimmen wir getrennt über beide Postulate ab.

Abstimmung über das dringliche Postulat KR-Nr. 63/2019

Der Kantonsrat beschliesst mit 90 : 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat 63/2019 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert eines Jahres.

Ratspräsident Dieter Kläy: Ein Ja-Knopf funktioniert nicht. (Die Ja-Taste von Sylvie Matter ist defekt und zeigt auf der Abstimmungsanlage «Nein» statt «Ja» an.)

Abstimmung über das dringliche Postulat KR-Nr. 62/2019

Der Kantonsrat beschliesst mit 89 : 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat 62/2019 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert eines Jahres.

Die Geschäfte 3 und 4 sind erledigt.

5. Anpassung Vorschriften über die Fischerei und die Schifffahrt bei der Quaibrücke in Zürich

Postulat Andrew Katumba (SP, Zürich) vom 13. Februar 2016

KR-Nr. 45/2017, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Dieter Kläy: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Roger Liebi, Zürich, hat an der Sitzung vom 8. Mai 2019 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt. Herr Liebi ist zwischenzeitlich aus dem Kantonsrat ausgetreten. Der Antrag auf Ablehnung wird aber aufrechterhalten.

Andrew Katumba (SP, Zürich): Besten Dank, dass ich nochmals kurz das Wort ergreifen darf zu einem etwas profanen, aber nicht minder wichtigen Vorstoss. Die Sportfischerei im Kanton Zürich erfreute sich in den letzten Jahren zunehmender Beliebtheit. Fischen beruhigt, verbindet und bildet einen guten Ausgleich im oft hektischen Berufsalltag.

In den frühen Morgenstunden kann man auf der Quaibrücke beim Bellevue dem regen Treiben der Hobbyfischer zusehen. Dicht gedrängt werfen sie ihre Köder aus und ziehen an guten Tagen manchmal säcke-weise Fische aus dem See. Denn das untere Zürichseebecken ist im ganzen Kanton bekannt für seinen üppigen Fischbestand.

1995 wurde im Interesse der Zürichsee-Schiffahrtsgesellschaft die Fischerei im Bereich der Quaibrücke und beim Bürkliplatz neu geregelt. Der Publikumsverkehr an schönen Sommertagen ist sehr gross. Um Konflikte zwischen Hobbyfischern und Passagieren zu vermeiden, hat die Baudirektion daher das Fischen bei den Schiffstegen stark eingeschränkt. Das Angeln von der Quaibrücke blieb jedoch gestattet. Dies aber hat einen Haken. Denn aus Gründen des Tier- und Artenschutzes ist das Angeln von Brücken und Ufermauern und steilen Böschungen explizit untersagt, da man die Fische nicht feumen, auf Deutsch ausgedrückt, mit dem Fischernetz sachkundig ans Land befördern kann. Es droht die Gefahr, dass die Fische vom Haken fallen und verletzt zurück in den See gelangen.

Damit die Sportfischerei auch in Zukunft verantwortungsvoll betrieben werden kann, fordert mein Postulat ein Verbot – ja, ein komplettes Fischereiverbot – von der Quaibrücke. Stattdessen soll das Angeln von der Quaibrücke-Unterführung neu bis zur Badi Utoquai wieder gestattet werden. Ein Nutzungskonflikt mit Passanten ist kaum zu erwarten, da die Fische eh nur in den frühen Morgenstunden beißen.

Ich freue mich, dass die Baudirektion inzwischen die Dringlichkeit meines Begehrens erkannt hat. Am 25. Januar 2019 erliess die Verwaltung eine Verfügung, wonach die Fischerei im Bereich der Quaibrücke und der Schifffahrtsanlagen beim Bürkliplatz neu geregelt wird. Dies ist auch im Interesse des Fischereiverbandes des Kantons Zürich. Die Verwaltung schreibt in ihrer Verfügung, ich zitiere: «In Berücksichtigung dieses Sachverhaltes, nach Anhörung der Zürichsee-Schiffahrtsgesellschaft und der städtischen Wasserschutzpolizei sowie in Würdigung der veränderten Tierschutzgesetzgebung wurde die Situation neu beurteilt und die Vorschriften sachgerecht angepasst.» Ich bedanke mich beim Altregierungsrat Markus Kägi für die speditive Umsetzung meines Anliegen und ziehe mein Postulat daher folgerichtig zurück. Aus Gründen der Ratseffizienz bitte ich die Kolleginnen und Kollegen, auf ihr Votum zu verzichten. Besten Dank.

Ratspräsident Dieter Kläy: Das Postulat ist zurückgezogen. Ich gebe das Wort noch dem Baudirektor.

Regierungsrat Martin Neukom: Andrew Katumba hat das Postulat zurückgezogen, weil die Baudirektion es schon umgesetzt hat. Sie sehen, manchmal ist die Regierung so schnell, da kommt der Kantonsrat gar nicht nach. Das ALN (*Amt für Landschaft und Natur*) hat diese Weisung neu erlassen, deshalb ist das Postulat nicht mehr nötig. Ich danke an dieser Stelle ganz herzlich meinem Vorgänger Markus Kägi für das speditive Erledigen dieses Anliegens. Danke.

Das Postulat KR-Nr. 45/2017 ist zurückgezogen.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Verschiedenes

Geburtstagsgratulation

Ratspräsident Dieter Kläy: Wir haben ein Geburtstagskind. Ich gratuliere ganz herzlich Theres Agosti zum Geburtstag. (*Applaus.*)

Fraktionserklärung der EVP zum Internationalen Tag der Pflege

Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur): Gestern wurde der Internationale Tag der Pflege begangen. Die EVP weist in diesem Zusammenhang auf folgende Punkte hin:

Erstens: Die Pflege muss ganz nahe an den Patienten sein, welche der Mittelpunkt des Gesundheitswesens sind. Die Pflege ist eminent wichtig für unsere Gesellschaft, für die Menschenwürde in besonders verletzlichen, krankheitsbedingten Situationen, in Spitälern, in Altersheimen, in der Spitex.

Zweitens: Es braucht zusätzliche Ausbildungsplätze an der Fachhochschule (*FH*) und an den Höheren Fachschulen (*HF*). Es ist uns bewusst, dass dies mit Kosten verbunden ist. Da unsere Bevölkerung immer älter wird, braucht es mehr Pflegepersonal, gerade auch HF und FH.

Drittens: Es kann nicht sein, dass wir unglaubliche Bauten mit modernsten technischen Einrichtungen hinstellen und meinen, wir könnten als Kompensation beim Personal sparen. Für die Pflege ist es fatal, wenn die Kosten vordergründig gesenkt werden, indem mehr Hilfspersonal angestellt wird. Früherkennung bei Pflegeproblemen durch das Fachpersonal verhindert viele nachfolgende hohe Gesundheitskosten.

Viertens: Slogans wie «ambulant vor stationär» haben die Kosten bis jetzt nicht gesenkt, sondern verschoben in eine Gesundheitsindustrie von Kontrolleuren, Krankenkassengewinnen und Zulieferern mit sehr viel Wettbewerb.

Wir erwarten, dass in der noch jungen Legislatur besonderes Augenmerk auf diese ausserordentlich schwierige Entwicklung gelegt wird. Wir, die neue Gesundheitsdirektorin (*Regierungsrätin Natalie Rickli*) und das Parlament, haben wichtige Weichen zu stellen, sei es strategischer, aber auch finanzieller Natur.

Fraktionserklärung der SP und der AL zum Lohndumping bei der Firma Goger

Markus Bischoff (AL, Zürich): Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung von SP und AL zum Thema Lohndumping bei der Firma Goger Swiss AG:

Das Schweizer Fernsehen und die «Wochenzeitung» (WOZ) haben am 8. und 9. Mai 2019 die neuesten Erkenntnisse im Lohndumping-Fall der Firma Goger publik gemacht. Die Firma Goger Swiss AG war ab circa 2012 für einige Jahre einer der grössten Akteure im Bereich «Gipsen» auf dem Platz Zürich und hat an diversen Prestigeobjekten, wie Toni-Areal, FIFA-Museum, Tick Trick Track und Hotel Atlantis gearbeitet. Jahre später wird klar, dass die 2015 von der Gewerkschaft UNIA und dem Gipsermeisterverband erhobenen Vorwürfe korrekt waren. Eine unabhängige Lohnbuchkontrolle hat Verfehlungen von über 3,2 Millionen Franken festgehalten. Der in Untersuchungshaft sitzende ungarische Personalchef der Firma Goger Swiss Bau AG hat gestanden, dass die ungarischen Mitarbeitenden von Ende 2012 bis Anfang 2015 über 1,2 Millionen Franken an Löhnen an den Arbeitgeber zurückzuzahlen hatten.

Nach heutigem Erkenntnisstand muss davon ausgegangen werden, dass der freie Markt in Zürich während Jahren auf dem Gipsergewerbe ausser Kraft gesetzt wurde. Auffallend ist, dass die Behörden des Kantons Zürich bereits früh von den Machenschaften der Firma Goger Swiss AG Kenntnis hatten und nicht dagegen intervenierten. Am 23. November 2011 hat das Amt für Wirtschaft und Arbeit, AWA, des Kantons Zürich vom Amt für Arbeit, Industrie, Gewerbe, KIGA, des Kantons Graubünden eine Aktennotiz erhalten und wurde auf das Unternehmen Goger Swiss AG aufmerksam gemacht. Es wurde der Verdacht geäussert, dass das Unternehmen in der Vergangenheit bei der Schlechtwetterentschädigung zu Unrecht Beiträge geltend gemacht haben soll, und mitgeteilt,

dass Arbeitnehmenden Stundenlöhne von 12 Euro ausbezahlt würden. Das KIGA des Kantons Graubünden hat das AWA um eine ausführliche Überprüfung sämtlicher Arbeitnehmenden der Goger Swiss AG in Sachen Abrechnungspflicht gemäss Sozialversicherungsrecht, Quellensteuergesetz, Ausländerrecht sowie Arbeitsversicherung gebeten. Am 19. April 2012 stellte die Sozialversicherungsanstalt der Goger Swiss AG eine Bescheinigung aus, dass in Rechnung gestellte Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge immer fristgerecht bezahlt wurden. Dokumente zeigen hingegen, dass es in den Jahren zuvor immer wieder zu Mahnungen und Betreibungen gekommen ist.

Lohndumping ist kein Kavaliersdelikt. Der Kanton hat die Aufgabe, zusammen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern Lohndumping aktiv zu bekämpfen. Wenn der Kanton amtlichen Hinweisen nicht nachgeht und Lohndumping so Vorschub leistet, erfüllt er seine Pflichten nicht. Er gefährdet damit den bilateralen Weg, denn die Bevölkerung wird den bilateralen Weg in Zukunft nur stützen, wenn die flankierenden Massnahmen Biss aufweisen und auch tatsächlich greifen.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Lohndumping bei der Firma Goger Swiss AG**
Interpellation *Markus Bischoff (AL, Zürich)*
- **Zukunft des Kasernenareals: Verkauf an Stadt oder Neuauflage des Masterplans Kasernenareal**
Dringliche Anfrage *Cyrill von Planta (GLP, Zürich)*
- **Aufträge an private Firmen im Asylwesen**
Anfrage *Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten)*
- **Invasive Neophyten im Verkauf immer noch erhältlich**
Anfrage *Erika Zahler (SVP, Boppelsen)*
- **Impact Investment und Impact Finance der ZKB durch nachhaltige Finanzierungs- und Anlageprodukte für Private und Firmen**
Anfrage *Sonja Gehrig (GLP, Urdorf)*

Rückzüge

- **Markt- und Mengenkontrolle im Zürcher Spitalwesen**
Motion *Cyrill von Planta (GLP, Zürich)*, KR-Nr. 125/2017
- **Anpassung Vorschriften für die Fischerei und die Schifffahrt bei der Quaibrücke in Zürich**

Postulat *Andrew Katumba (SP, Zürich)*, KR-Nr. 45/2017

– **Alternative Standorte für den Bau eines Fussballstadions ausserhalb der Stadt Zürich**

Postulat *Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon)*, KR-Nr. 165/2018

Schluss der Sitzung: 12.05 Uhr

Zürich, den 13. Mai 2019

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 3. Juni 2019.